Nr. 26

28. Oktober 1988

INTERGALAXIS

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

V O R W O R T :

Wohl weil ich in der letzten Nummer mein Verhältnis zu Hamburg geklärt habe, bekam ich kurz darauf ein ziemlich intimes Hamburger Papier zugeschickt, daß ich nun eventuell als Fortsetzungsroman veröffentliche. Übrigens: in zehn Tagen spielt der FC St.Pauli (mit dem revolutionärsten Torwart der Bundesliga) wieder in Hamburg und meine Mutter will mir zum Geburtstag (in neun Tagen) eine Eintittskarte schenken. Da freu' ich mich.
Und nun wieder der übliche Kleinkram, heute schön der Reihe nach:
Nicht nur meine Mutter, auch mein Papagei darf ab und zu mitreden: nämlich beim Titel. Ich sag' "Inter" und er krächzt dazu irgendwas. Heute krächzte er so etwas ähnliches wie "Galaxis".
Manchmal ist der direkte Weg doch der Beste: Jedenfalls ist ein vierseitiges Papier zum IWF auf dem langen Weg zu mir unwiederbringlich verschütt' gegangen und deshalb bis heute noch nicht in meinen Händen. Könnt ihr es mir bitte einfach nochmal schicken.
Und zuschicken könnt ihr mir bitte auch alle Prozeßtermine, damit ich sie in meinen Terminkalender einbauen kann.
Und noch eine Bitte an einen kleinen Mittelamerika - Solidaritätsladen in Schöneberg. Nach 10 Wochen Schuldenmoratorium möchte ich euch darauf hinweisen, daß es auch bei mir keine Schuldenstreichung gibt. Aber ihr könnt jederzeit mit meiner Mutter über einen ganz auf eure persöhnlichen Verhältnisse zugeschnittenen Finanzstrukturplan reden.
Außerdem soll ich euch noch - meine lieben LeserInnen - auf Wunsch des Autors darauf hinweisen, daß der zweite Artikel in der Nummer 24 ein Vorabdruck aus den "Lateinamerika-Nachrichten" Nr. 175 ist.

euch ein schönes Wochenende

bis bald

INTERIM
GNEISENAUSTR. 2a
1000 BERLIN 61

Zum Artikel "Was Männern nicht schmeckt - 3.Teil" in der Interim Nr.25

WAS FRAUEN ECHT ZUM KOTZEN FINDEN...

Wenn wir überhaupt auf den Artikel dieses Typen reagieren, dann deshalb, weil wir darin einen üblen Angriff auf alle Frauen und Lesben sehen:

Dem Bericht nach erscheint also ein Typ in der Männerkiezküche und gibt seine Version vom angeblichen Grund zum Besten, warum ihn Frauen und Lesben als Vergewaltiger bezeichnen. Darüber wurde dann wohl diskutiert, uns anschließend wird das Ganze auch noch unhinterfragt in der Interim veröffentlicht, was die TAZ (freudig) zum Anlaß nimmt, den ganzen Müll in einem Schweineartikel noch mal zu verbraten. In dem Interim-Artikel fehlt auch nicht der Hinweis auf die Auseinandersetzung im Umgang mit Spitzelverdacht, um die Emotionen hochzuputschen.
Für viele ist das Ganze sicher ein willkommener Anlaß, um alle Frauen- und Lesbenzusammenhänge die sich mit Vergewaltigung auseinandersetzen endlich mal so richtig lächerlich und unglaubwürdig zu machen.
Deshalb eine kurze Gegendarstellung: Der Grund, warum der Typ von vielen Frauen und Lesben als Vergewaltiger gesehen wird, ist nicht der, daß er mit einer Frau geschlafen hat ohne sie zu lieben. Wir gehen da von etwas ganz anderem aus, wenn wir das so sehen: Wenn ein Typ eine Frau gegen ihren Willen zwingt sexuelle Handlungen zu dulden ist das für uns Vergewaltigung. Und das trifft auf diesen Typen zu. Wann, wie, wo, mit welchen Mitteln und Methoden er die Frau gezwungen hat, wie sich die betroffene Frau darin verhalten hat und welche Widersprüche es dazu unter Frauen gab, ist eine Auseinandersetzung, die wir ausschließlich mit Frauen und Lesben führen, mit denen wir uns das vorstellen können.
Es ist mehr als bezeichnend, daß da ein Mann aufgefordert wird ("seinen" Vorwurf) eine(r) Vergewaltigung zu konkretisieren.
Der Umgang mit Vergewaltigung nach dem Motto "na, wie war's denn jetzt genau" ist eine Stütze und ein Ausdruck des patriarchalen Systems, wie wir's von Bullen und Justiz bestens kennen. Wenn Typen, die behaupten gegen's Patriarchat zu kämpfen, sich dann genauso verhalten, spricht das eigentlich für sich selbst!!! Genauso wie das sich berufen auf eine "zur Zeit noch gültige Definition" von Vergewaltigung frei nach dem BGB, oder wie die Tatsache, daß diese ach so bewußten anti-patriarchalen Kämpfer mit Vorliebe zum Besten geben, was es für Auseinandersetzungen in Frauen- und Lesbenzusammenhängen gibt, von denen die betroffenen Frauen bis heute nichts gehört haben. Zumal soweit wir alle wissen es um diesen konkreten Vergewaltiger noch nie eine gemeinsame Auseinandersetzung im großen Rahmen gegeben hat. Da scheinen sich die Typen in unseren Zusammenhängen besser auszukennen als wir selbst.
Um's noch mal klarzustellen: Die Auseinandersetzungen, Widersprüche usw. die wir untereinander haben bzw. angeblich haben gehen Typen 'n Scheißdreck an!!!!!!!!!!!

Was eine Frau zum Kotzen findet
Zu: Was Männern nicht schmeckt-3.Teil in Interim, Nr.25

In der Männerkiezküche scheint es ja abzugehen. Schwulen/Hetero-Fights, Zwangsheterosexualität, Typen als Opfer des Patriarchats und last not least die Vergewaltigungsdiskussion.
Da ich nicht auf einer einsamen Fraueninsel lebe, sondern mitten im Herzen der Bestie (des Patriarchats), verfolge ich diese Auseinandersetzungen als eifrige Interim-Leserin mit Neugier, Interesse, aber auch mit Wut und Ärger. Dies trifft besonders auf die Vergewaltigungs"diskussion" zu.
Mal ganz davon abgesehen, ob und nach welcher Definition y eine Frau vergewaltigt hat (das weiß eh nur die betroffene Frau selbst, und nicht Teile der Frauen/Lesbenszene und schon gar nicht die Männerkiezküche), kann das, was z über Vergewaltigung von sich gegeben hat, nicht so stehenbleiben.
Z. empört sich darüber, daß der diskutierte Vergewaltigungsvorwurf sich nicht an die "zur Zeit noch gültige Definition" hält. Damit meint er offensichtlich die HERRschende, patriarchalische juristische Definition bzw. fällt noch dahinter zurück. Nach patriarchalisch-juristischer ~~Definition~~ Auffassung ist eine Vergewaltigung nämlich auch dann eine Vergewaltigung, wenn körperliche Gewalt nicht ausgeübt, wohl aber angedroht wurde. Bei z. muß eine Frau wohl erst sichtbare körperliche Verletzungen vorweisen können, damit es für ihn eine richtige(!) Vergewaltigung ist. Wie anders sind seine Worte zu verstehen, daß Vergewaltigung etwas mit "körperlicher und sexueller Gewalt" zu tun haben muß?! Ist sexuelle Gewalt etwa keine körperliche Gewalt oder warum die Unterscheidung?
Daß z. die Verwendung des Begriffs "psychische Gewalt" im Zusammenhang mit Vergewaltigung als eine "Ausuferung ins Bodenlose" begreift, ist wirklich nur noch mit nicht zu übertreffender männlicher Ignoranz und Arroganz zu erklären. Genauso z.'s Feststellung, psychische Gewalt sei nicht mehr geschlechtsspezifisch festzumachen!
Psychische Gewalt von Männern gegenüber Frauen, gerade, aber nicht nur in Liebesbeziehungen, ist ein ganz wesentliches patriarchalisches Unterdrückungsmittel. Und in unserer Gesellschaft wird jeder Mann so sozialisiert, daß er psychische Gewalt gegenüber Frauen ausübt, und frauen so, daß sie diese Form von verschleierter Gewalt nicht erkennen, sondern häufig mit Depressionen, Selbstzweifeln, Verlustängsten und Abhängigkeitsgefühlen

darauf reagieren. Ich will das nicht als unabänderlich hinstellen, aber die patriarchalische Zurichtung, der wir alle unterliegen, sieht erst mal so aus. Und wir können uns nur schrittweise davon befreien. Mehrere 1000 Jahre Patriarchat sind nicht mit zwei, drei Diskussionsabenden abzuschütteln. Es sitzt viel zu tief in uns drin, und wir können uns nur dagegen wehren, wenn wir als Frauen (und damit meine ich Heteras, Lesben, Bi's) uns unsere patriarchalische Zurichtung bewußtmachen und sowohl kollektiv als auch individuell dagegen kämpfen: da, wo sie in uns selbst zum Tragen kommt, aber auch da, wo sie ideologisch produziert wird (Staat, Medien, Wissenschaft usw.) und natürlich auch da, wo Männer sie auf uns ausüben, in der Familie, auf der Arbeit, in politischen Gruppen und in der Beziehung. Da ist es wohl am schwierigsten.
Daß die (Klein-)Familie die Keimzelle des kapitalistischen Staates ist, haben schon Marx und Engels gewußt. Daß die heterosexuelle Zweierbeziehung der/ein Stützpfeiler des Patriarchats ist, haben Feministinnen erkannt. Was die Konsequenz daraus ist, weiß ich nicht. Ob nun lesbisch-werden der richtige Weg ist oder den feministischen Kampf in die Hetero-Beziehung reintragen, kann ich nicht sagen. Das muß letztlich jede für sich selbst entscheiden und muß auch nichts Endgültiges sein.
Auf alle Fälle können nur wir Frauen Motor und Antriebsfeder des anti-patriarchalen Kampfes sein. Mir graust davor, wenn Männer für sich definieren wollen, was Vergewaltigung ist.
Das kann jede Frau nur für sich selbst bestimmen. Das kann ich auch nicht für andere Frauen festlegen, genausowenig, wie andere Frauen das für mich festlegen können. Ich kann darüber mit anderen Frauen reden, und das muß ich sogar, um herauszufinden, was ich selbstbestimmt tue, und was ich tue, weil ich mich unter Druck gesetzt fühle. Dieser Druck kann darin bestehen, daß ich Angst habe, die Beziehung zu verlieren, wenn ich nicht mit meinem Freund schlafen will. Oder darin, daß ich eigentlich nur Nähe und Geborgenheit von jemandem haben will, diese aber nur übers Zusammen-Schlafen kriegen kann.
Das ist psychische Gewalt, und die ist sehr wohl geschlechtsspezifisch.
Wenn ein Mann mit einer Frau schläft und "er sie nicht mehr liebt", wie in dem besagten Beispiel (unabhängig davon, ob diese Version zutrifft, in der Realität wird sie tausend Male vorkommen) er aber weiß, daß sie ihn noch liebt, so beutet er sie sexuell aus. Diese Form von patriarchalisch-sexueller Ausbeutung verharmlost z. bzw. nimmt sie überhaupt nicht wahr, indem er sie einfach gleichsetzt mit "mit jemandem zu schlafen, ohne ihn zu lieben." Das ist tatsächllich kein Kriterium für psychische Gewalt, sexuelle Ausbeutung oder Vergewaltigung. Es kommt da-

rauf an, ob mit offenen Karten gespielt wird. Ob Unsicherheiten, Zweifel, aber auch Wünsche und Hoffnungen offen ausgedrückt werden können und respektiert werden.

Wenn wir all diese verschiedenen Formen von Gewalt gegen Frauen sanktionieren wollten, dann müßten wir tatsächlich <u>alle</u> Männer verbannen. Und alle Männer müßten sich gegenseitig selbst ausschließen.

Was also tun? Ich denke, wir Frauen müßten offener und angstfreier über Sexualität, Beziehungen etc. miteinander reden. Das hatten uns unsere Schwestern vor 2o Jahren voraus, auch wenn wir heute oft spöttisch auf die damaligen "Selbsterfahrungsgruppen" runtergucken.

Es bringt uns nichts, wenn wir den Begriff "Vergewaltiger" pauschal und undifferenziert verwenden. Das führt dann nämlich dazu, daß Frauen sich gar nicht mehr trauen, über bestimmte Erlebnisse und Situationen zu reden, weil alles, was erst mal öffentlich gemacht worden ist, nach dem gleichen Muster sanktioniert und bestraft wird. Die Frau will sich aber vielleicht noch mit dem Typen auseinandersetzen, hofft noch auf Veränderung. Gerade dazu braucht sie aber den Austausch mit anderen Frauen. Der ist aber wiederum nur möglich, wenn nicht von vorneherein klar ist, daß ein starres System von Sanktionen auf egal welche Form von sexueller/psychischer Gewalt folgt. Es gibt unterschiedliche Fälle. Jede Frau muß das für sich selbst entscheiden und auch, ob und welche kollektiven Sanktionen sie für richtig hält.

Das muß auch der Maßstab für Männer im Umgang mit anderen sexistischen Männern sein. Es geht nicht darum, daß Männer definieren, was Vergewaltigung ist, wie es z. vorschlägt. Das haben Männer schon immer getan, und ich weiß nicht, was daran emanzipatorisch oder gar anti-patriarchalisch ist. Männer können keinen Normenkatalog aufstellen, in dem definiert wird, was sexuelle Gewalt ist. Der wird ja eh so ausfallen, daß die, die ihn erstellen, nicht davon betroffen sind.

Männer können aber sehr wohl gucken, wo sie psychische Gewalt ausüben, wo sie Frauen ausbeuten (die Frauen werden ihnen das oft genug gesagt haben), sich auch gegenseitig darauf hinweisen, und sich dann bemühen, dieses Verhalten abzulegen.

Es gibt viel zu tun, packt's endlich an!

Tilly

AUFRUF AN HETEROSEXUELLE MÄNNER DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT SCHWULEN ERNEUT AUFZUNEHMEN!

Einige schwule Männer der Mämnerkiezküchen-Vorbereitungsgruppe werfen den heterosexuellen Männern vor, ihre unterschiedliche, schwule Lebensrealität und die daraus entstehenden Themen und Inhalte nicht ernst , nicht mal die Unterschiedlichkeit zur Kenntnis zu nehmen. Und? Die Reaktionen darauf(s.Interim Nr.25) wiederholen nur die beklagte Unfähigkeit die anderen Erfahrungen der Schwulen wahr-zu-nehmen.

Ist es ein Witz?, daß sowohl die heterosexuellen Männer als auch die Hetera die schwulen Forderungen mit dem Verweis auf die eigene Patriarchatsdiskussion übersehen? Beide Reaktionen auf das Flugblatt der Schwulen gehen nur auf jene Passagen ein,die das Verhältniss von Zwangsheterosexualität und Patriarchat thematisieren; jedoch nicht auf die schwule Forderung nach einer nichtvereinnahmenden, unterscheidungsfähigen Diskussion und Solidarität. Ist diese Blindheit schon eine verweigerte Solidarsierung? Ich hoffe nicht.

Unnütz wäre es inhaltlich auf die Abwehrversuche einzugehen, die z.B. Ähnlichkeiten zu Lesben-Flugblättern oder die Utopie einer befreiten Heterosexualität als Argumente gegen die Schwulen Forderungen ausgeben. Diese sind Ausdruck der Unterscheidungsunfähigkeit und der Versuch diese inhaltlich-theoretisch zu begründen. Eine heterosexuelle Patriarchats-debatte, die zur Begründung für solche Abwehr und Blindheit taugt, ist in Gefahr,dem eigenen Anspruch patriarchale Gewaltverhältnisse verstehend zu verändern,nicht gerecht zu werden. Deshalb ist für heterosexuellebende Männer nicht der Moment Parolen über Männergewalt und Patriarchat abzulassen; die Gefahr damit die geforderte Auseinandersetzung zu verweigern zu groß.

Wenn noch eine Chance für die Diskussion zwischen heterosexuelllebenden und schwullebenden Männern besteht, dann dürfen Wir-Heteros die Schwulen nicht einfach in unsere Schemen der Problematisierung patriarchaler Verhältnisse einordnen. Unsere Unkenntniss der schwulen Lebensrealität können wir dabei verdecken, ändern können wir sie durch praktisch-emotinalen Lebenszusammenhang.

FÜR EINE ALLTÄGLICHE,GELEBTE SOLIDARITÄT UND SELBSTKRITISCH-UNTERSCHEIDENDE AUSSEINANDERSETZUNG MIT SCHWULEN MÄNNERN!

STAATSGEWALT GEGEN...?

Ja, gegen wen denn eigentlich?

Für den 21.10.1988 bereitet die Alternative Liste eine Veranstaltung mit dem Titel "Staatsgewalt gegen Pressefreiheit" vor. Dort sollen die Angriffe der Polizei auf Pressevertreter während der Aktionstage gegen IWF und Weltbank sowie die in diesem Zusammenhang vom Innensenator betriebene Politik thematisiert werden.

Die Veranstaltung ist als Großveranstaltung gedacht und gleichzeitig nach Abschluß der IWF-/Weltbank-Tagung die erste, die die staatliche Repression während dieser Tage öffentlich bearbeiten will. Da er staunt es uns nun allerdings, daß bei der Behandlung dieses wichtigen und umfassenden Komplexes ein kleiner Ausschnitt offenbar vor allem motiviert durch Wahlkampf und die Publicityträchtigkeit des Themas hervorgehoben werden soll: eben die Einschränkung des Rechts der (bürgerlichen) Presse auf freie und ungehinderte Informationsbeschaffung. (Daß die AL in Zukunft Veranstaltungen zu den staatlichen Übergriffen etwa auf die "radikal" oder die Kölner Stattrevue organisieren wird, konnte bisher nicht bestätigt werden.)

Zweifelslos waren die Behinderungen und Angriffe der Polizei gegen Zeitungsreporter, Kamerateams und Fotografen spektakulär. Ohne Zweifel aber auch, daß Behinderungen und Angriffe gegen Pressemenschen durch die Polizei schon seit Jahren praktiziert werden (z.B. Räumung des Hüttendorfes an der Startbahn West 1981) - wieso sollten die Bullen bei ihrer "Arbeit" auch gerne Zeugen dabei haben wollen? Schließlich geht es um schwere Körperverletzung oder Mißachtung des Demonstrationsrechts usw. Tatsache aber ist ebenso, daß sich Presse, Funk und Fernsehen als Institutionen selten für staatliche Gewalt gegen Protest und Widerstand interessiert haben, weil sie grundsätzlich die Unterdrückung radikaler politischer Opposition begrüßen.

STAATSGEWALT GEGEN PROTEST UND WIDERSTAND!

Journalisten oder Fotografen gegebenenfalls anzugreifen oder zu behindern gehört mithin zum norm alen Geschäft der Staatsmacht, ist nur eine zwangsläufige Folge (und als solche nur ein kleiner Ausschnitt) umfassender Repression. Und von der gab es anläßlich der IWF-Tagung reichlich: Die polizeilichen und juristischen Maßnahmen im zeitlichen Vorfeld zwecks Einschüchterung (Schleppnetzfahndung, Ermittlungen nach § 129a, Hausdurchsuchungen, Schikanen gegen die antiimperialistische Stadtrundfahrt), der polizeiliche Aufmarsch während der Tagung, der teilweise militärischen Charakter annahm, der massive Einsatz von Polizei-Sondereinheiten, von Räumfahrzeugen, der plötzliche Gebrauch einer neuen, bisher selten gebrauchten Waffe (Tonfa), der geplante Riesenkessel an der Urania im Anschluß an die Donnerstags-Demo, die vielen Kessel, die rund 1000 Festnahmen nach ASOG, die z.T. entwürdigende Behandlung der Festgenommenen, die Verweigerung juristischen Beistands, der gezielte wiederholte Überfall auf die Spitze der internationalistischen Demo. Klar doch, daß bei solchen Bedingungen auch die Presse etwas mehr als sonst abbekommt.

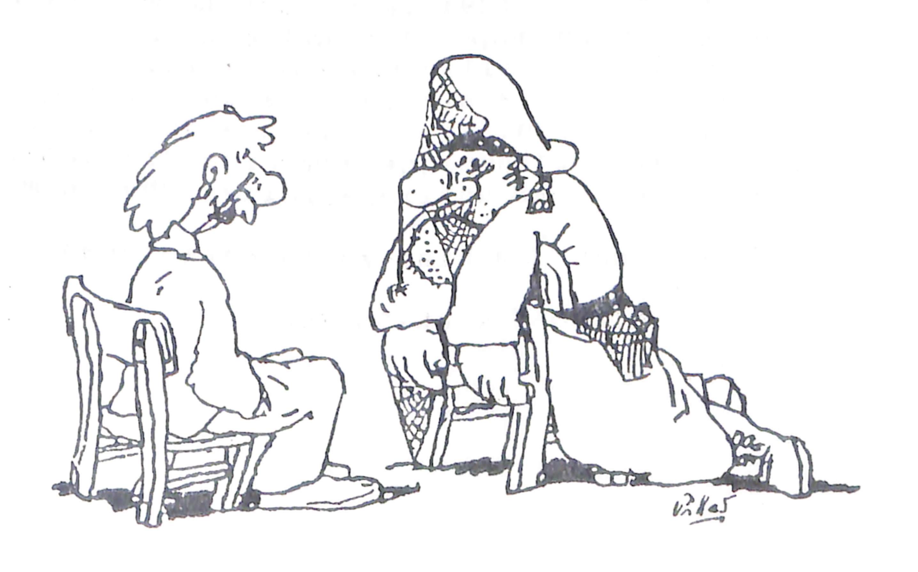
Wenn aber die AL-Veranstaltung "Staatsgewalt gegen Pressefreiheit" zum Schwerpunkt macht und gleichzeitig weitgehend darauf verzichtet, dies vor dem Hintergrund des Ausmaßes der Repressionsmaßnahmen in Westberlin vor und während der IWF-Tagung zu analysieren, dann gewichtet sie falsch und lenkt vom Wesentlichen ab. (Und sicher weicht die AL damit auch der Frage nach ihrem Staatsverständnis aus.) Nicht die Pressefreiheit an sich war gemeint (die Pressefreiheit der bürgerlichen Presse sowieso nicht), sondern bedroht waren die Aktionen gegen Konzerne und staatliche Institutionen als Ausdruck legitimen Widerstands gegen die Zurichtung von Mensch und Natur unter die kapitalistische Logik.

ES WAR EINMAL EIN STANDBEIN

Demonstrationen und Aktionen gegen IWF und Weltbank sind, wie wir meinen, trotzdem als Erfolg zu werten Sie haben die Breite des Widerstands aufgezeigt und die Fähigkeit der Linken zu solidarischem Miteinander auf der Straße trotz unterschiedlicher Ansätze. Auch dies gehörte zu dem zu analysierenden Hintergrund, vor dem die Angriffe auf die Presse und ihre Publizität erst verständlichen würden. Mag sein, daß hier jedoch eine weitere (inzwischen) unangenehme Frage für die AL lauert: Die Frage nach der Bedeutung außerparlamentarischer Opposition für die Durchsetzung fortschrittlicher Inhalte und Ziele. Möglich, daß die AL inzwischen lieber auf gute Medienkontakte setzt, um ihre Vorstellungen umsetzen zu können.

Die Vorbereitung der Veranstaltung am 21.10. gibt einen Hinweis darauf, daß breite Teile der AL keine Schlußfolgerungen aus der Vorbereitung und Durchführung der Aktionstage ziehen und nicht versuchen, die Ansätze gemeinsamer linker Politik und Kultur zu pflegen.

Ermittlungsausschuß, einige AL-lerInnen und NetzwerkerInnen, Kommunistischer Bund (KB), Rote Hilfe



Stellungnahme der Autonomen und Antiimperialistischen Aktionstagevorbereitung gegen die IWF und Weltbanktagung. zur Veranstaltung der AL: Staatsgewalt + Pressefreih

Während der IWF- und Weltbanktagung gab es eine faktische Nachrichtensperre in den Medien der BRD und Westberlins. Berichtet wurde hauptsächlich über das , was ihnen am wenigsten Probleme bereitet hat: den Gegenkongreß , daß Basso-Tribunal, und die Übergriffe gegen die Presseleute. Mit etwas Zynismus stellen wir fest, daß die Knüppel auf den Köpfen der Journalistinnen zumindest eine begrenzte Berichterstattung über die Ereignisse der Tage hervorgebracht haben.
Die eigentliche Nachrichtenunterdrückung ist in den Redaktionsstuben der Medien gelaufen, sowohl in den Zeitungen , als auch bei Radio und Fernsehen. Dagegen hat im Ausland die Berichterstattung über den Widerstand gegen die IWF und Weltbanktagung wesentlich breiteren Raum eingenommen.
Wenn die Jetzt laufende Kampagne überhaupt einen Sinn haben soll, dann könnte es nur der sein, im Nachhinein eine Gegenöffentlichkeit über den breiten Widerstand herzustellen. Aber genau das passiert nicht!! Stattdessen wird die Navhrichtensperre bloß verlängert. t
Die Bulleneinsätze gegen Journalisten sind nur richtig zu begreifen vor dem Hintergrund des Vielfältigen und massiven Widerstandes gegen die Tagung. Die Breite und Massivität des Widerstandes, der sich von direkten Angriffen gegen Luxushotels und Bankerautos bis zu Blokadeaktionen in der gesamten Innenstadt erstreckte, hat zu einer Situation geführt in der wir das Geschehen in der Stadt bestimmt haben. Der Bullenapparat war quasi nur noch in der Lage zu reagieren. In solchen Situationen des Faktischen Ausnahmezustandes, das wissen wir auch aus anderen Ländern, platzt der Mythos der bürgerlichen Pressefreiheit wie eine Seifenblase.
Nachrichtensperren bzw. Unterdrückung von Nachrichteb über soziale Kämpfe, jStreiks und Widerstandsaktionen sind das Gerüst der bürgerlichen pressefreiheit.
Jedweder Versuch Nachrichten und Berichte üpber sozialrevolutionäre Kämpfe in die Öffentlichkeit zu tragen wird kriminalisiert. Das letzte Beispiel dafür ist das 129a Verfahren gegen die Zeitung Sabot aus Hamburg. Die Verfahren gegen die Radikal, Freiraum, Radiaktiv, Atom usw. dürften euch allen bekannt sein.
Wir gehen davon aus, das hier viele sitzen, die auch bei den Aktionswtagen auf der Straße waren. Wir fordern euch auf, euch nicht durch diese Pressefreiheitskampagne vom eigentlichen Kern, der Breite und der Möglichkeit des antiimperialistichen kampfs, ab lenken zu lassen, sondern genau das hier zu thematisieren.

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!!!

IWF WELTBANK KAMPAGNE in den NIEDERLANDEN

Im Rahmen der weltweiten IWF Weltbank Kampagne haben uns die ersten Nachrichten aus den Niederlanden erreicht. Hier ist eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse, soweit uns bis jetzt bekannt. Die Liste ist alles andere als vollständig (mehrere kleine Aktionen wie Bankenentglasung sind hier nicht enthalten, auch sind die Kontakte zu den anderen Städten in NL nicht perfekt).

7-9-88: Aktion vor dem Hauptsitz des Multi Unilever in Rotterdam (sprühen, Transparente, Reifen verbrannt) wegen der Rolle Unilevers in der Türkei und in Bezug auf die IWF/WB Tagung. Folgende Parolen werden genannt: ***Einheit im Kampf, Internationale Solidarität!, Freiheit für die 4 Dev-Sol Sympathisanten!, Freiheit für René, Der Kampf geht weiter!.***

10-9-88: Flugblätter auf der Chile-Demo in Amsterdam verteilt, Plakate geklebt, die zu Aktionen gegen IWF/WB aufrufen.

13-9-88: In Haarlem wurden nachts 14 Filialen der Banken AMRO, ABN, RABO und NMB mittels Schlüsseverkleben zugemacht und besprüht. Die Gruppe ***IWF tot - der Dritten Welt ihr Brot*** bekennt sich dazu.

25-9-88: Dasselbe passiert einigen Banken in Zwolle.: Eine (? d.Ü.) Frauengruppe besuchte das Philips Gebäude in Amsterdam und verklebte alle Fensterscheiben mit Plakaten, so daß es am nächsten morgen dunkel war. Eine sehr ausführliche Presseerklärung unter dem Motto ***Frauen gönnen Philips kein Licht*** zeigte die Ausbeutung von Frauen bei Philips auf.

26-9-88: Frauen in Utrecht besprühen 17 Banken.
In Amsterdam wird die NMB Bank von Frauen angegriffen, besprüht und Fensterscheiben eingeworfen. Motto: ***Frauen von Böse zu Ärgern.***
In Haarlem Noord werden 26 Straßennamen ehemaliger Kolonialisten umbenannt. Einige der Namen heißen jetzt ***Shell-wird-verrotten-Str., Mandelastr., René Roemersmastr.***

28-9-88: In Haarlem werden 10 Banken mit Sprühen verschönt und die Schlösser gehen kaputt.
In Arnheim wird die Firma Euroconsult mit Farbe verschönt. Euroconsult empfiehlt Ländern der Dritten Welt mit den Mulinationalen Konzernen zu kooperieren.

29-9-88: Demonstration vor dem BRD Konsulat in Amsterdam, wegen der Repression in Berlin. 5 GenossInnen werden verhaftet und am nächsten Tag freigelassen.
50 Lesben demonstrieren vor dem Textil Multi C&A in Amsterdam. Dort stinkt es entsetzlich, da sich Buttersäure in den Umkleidekabinen befindet.

30-9-88: Das Börsengebäude in Amsterdam wird angegriffen, sprühen, Steine, Buttersäure und Farben werden durch die Fenster geworfen.

15-10-88: In Rotterdam findet eine Hafenrundfahrt gegen IWF und WB unter dem Motto ***Diebstahl mit Gewalt*** statt.

Den revolutionären Küchenherd zum westeuropäischen Steppenbrand entfachen.

Aktionstagebüro im LAZ

ides

Kurfürstenstr. 86, 1000 Berlin 30, Tel.



und alle gegen IWF

Daily News — Tanzania 29.9.88:

Anti-IMF protests continue

RIOT police detained about 100 demonstrators yesterday after they smashed shop windows in a West Berlin suburb on a third day of protests against International Monetary Fund and World Bank meeting in the city.

Police in full riot gear moved in and surrounded the demonstrators, some of whom wore black masks, after they ran through the streets of Wedding, a northern working class district, and broke windows of a big department store.

A police spokesman said the 100 people were being held in various police stations to stop them causing further trouble and could be detained for up to 48 hours under West Berlin law.

In the city centre, about 1,000 activists gathered outside a West Berlin development policy institute as part of their protest against the IMF and World Bank, which began their general assembly yesterday under tight security at the ultra-modern International Congress Centre.

The group marched under heavy police guard to a nearby square and dispersed after a rally.

The protesters accuse the two lending bodies of perpetuating poverty in the Third World and contributing to environmental problems in developing countries.

Earlier, other demonstrators protested outside a pharmaceutical company and about 50 protesters with whistles and stink bombs broke through police lines at West Berlin's Tegel airport as officials arrived for the IMF/World Bank meeting. Police detained four people but later freed them.

An unprecedented 9,000 police, many drafted in from West Germany, are on duty during the meeting, which ends tomorrow. Protests are planned each day until then.

On Monday, there were scattered violent scenes when police used batons to clear streets in the city centre and some windows were smashed. So far about 20 people, including four police, have been injured.



"Ich sag, wie´s ist" ist ein Papier aus Hamburg, das seit einiger Zeit in der Szene kursiert. Wir denken, daß der Text die Schwächen autonomer Politik ganz gut beschreibt und die Kritik ganz gut nachvollziehbar ist. Vielleicht gibt er ja auch Anstöße für die IWF-Nachbereitung. Die ersten 24 Seiten drucken wir hier ab, evtl. kommt auch irgendwann der Rest dazu. Alle die es nicht erwarten können, sollten im Kopiereinzelhandel nachfragen.

Wir, aus der autonomen und antiimperialistischen Szene kommend, haben dieses Papier geschrieben um eine grundsätzliche politische Diskussion zu führen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß unsere eigene politische Arbeit und die der Szene von einer Reihe von Fehlern, Schwächen und Lücken gekennzeichnet war und ist. Diese müssen dringend überwunden werden, wenn wir hier eine wirksame revolutionäre Bewegung aufbauen wollen. Es handelt sich um den fehlenden Klassenstandpunkt, militaristische Tendenzen, Ghetto-Mentalität, freiwillige Desorganisation, zu kurzes und inkonsequentes politisches Denken und eine weitgehende Ignoranz gegenüber dem Marxismus-Leninismus. Alle diese Haltungen hängen miteinander zusammen und bestimmen in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen den größten Teil der Szene. Sie zu überwinden bedeutet, den diffusen Charakter als ›Szene‹ zu überwinden und den längst fälligen Schritt zu einer revolutionären Organisation zu machen. Wie dieser Schritt genau aussehen kann, wissen wir auch noch nicht, das muß Ergebnis der Diskussion sein, die wir führen wollen und die in Teilen der revolutionären Linken bereits geführt wird. Wir haben aber Grundlagen entwickelt, die unserer Meinung nach für die Entwicklung einer Strategie und für die Organisierung notwendig sind: kurz gesagt die Anwendung marxistischer und leninistischer Prinzipien. Wir haben unsere politische Kritik auf ›die Szene‹ bezogen, wohl wissend, daß es diese als Einheit nicht gibt. Wir meinen damit alle autonomen, antiimperialistischen, anarchistischen und autonom-kommunistischen Gruppen, die sich ›irgendwie‹ als revolutionär verstehen. Natürlich gibt es da mindestens so viele Meinungen wie Gruppen. Wir erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind uns auch darüber im Klaren, daß die beschriebenen Verhaltensweisen nicht auf alle zutreffen. Darum ging es uns aber auch gar nicht. Wir wollen vielmehr darauf hinaus, daß eine grundsätzliche Änderung unserer Politik nötig ist, und leiten das aus einigen Grundzügen der Szene-Politik und der Szene-Verhaltensweisen ab.

Einige werden sich vielleicht wundern, daß wir uns hier soviel Mühe geben. Die meisten Menschen, die wie wir von der Szene die Schnauze voll haben, ziehen sich ja ganz einfach ins Privatleben zurück. Oder bestenfalls wenden sie sich einer anderen politischen Strömung zu und bedenken ihre ›ehemaligen‹ GenossInnen mit ein paar zynischen Sprüchen. Wir können und wollen jahrelange politische Arbeit und Erfahrung aber nicht einfach über Bord werfen. Und wir meinen, daß es für viele Menschen, mit denen wir in dieser Zeit was zusammen gemacht haben - natürlich auch für andere - interessant ist zu erfahren, was wir denken.

Es kommt noch was dazu, das übers Persönliche hinausgeht. Die Szene ist die einzige linke Strömung, die ständig Zulauf hat. Viele geben zwar bald entnervt auf, aber es kommen auch immer Neue dazu. Die Szene hat also eine Anziehungskraft. Die liegt, so meinen wir, vor allem darin, daß da Leute sind die sich wehren, die der ganzen Scheiße hier was entgegensetzen wollen. Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer ist auch dabei. Wir finden da grundsätzlich gar nichts Schlechtes dran. Wir sind auch so zu revolutionärer Politik gekommen. Unzufriedenheit und Rebellion sind die Wurzeln der Revolution. Aber eben erst die Wurzeln. Die Szene bildet also ein revolutionäres Potential. Und sie ist gegenwärtig die einzige Strömung der revolutionären Linken, die wenigstens Teile der rebellischen Jugend in ihre Reihen integrieren kann.

Darüberhinaus gibt es in der Szene eine große Zahl von GenossInnen, die in langer politischer Arbeit wertvolle Erfahrungen gesammelt haben und bereit sind, persönliche Risiken einzugehen. Und die Szene - wenigstens ihr politischer Kern - formuliert den Aufbau proletarischer Gegenmacht als Ziel. Wenn wir auch denken, daß das mit den Strukturen der Szene nicht erreicht werden kann, ist doch das Ziel richtig.

Dies alles macht die Szene in unseren Augen zu einem revolutionären Potential, dessen weitere Entwicklung für die Zukunft revolutionärer Politik in der BRD allergrößte Bedeutung hat. Das mag jetzt ziemlich deftig klingen, und viele werden sich bei einigen Passagen angemacht fühlen. Aber erstmal ist es für uns in vielen Punkten Selbstkritik und nicht nur Kritik an anderen, und dann denken wir eben, daß es entscheidend ist, offen zu diskutieren. Noch ein paar Bemerkungen vorneweg: wir gehen, anders als viele Autonome und Antiimps,von einer Situation der Schwäche der revolutionären Kräfte in der BRD aus. Die Zahl der bewußten kommunistischen und anarchistischen Revolutionäre hier ist gering, leider weit geringer als die Zahl der Vermummten auf Demos. Andererseits sind die gesellschaftlichen Widersprüche so groß, ist die Gesellschaft so instabil, daß wir uns eine Entwicklung zu einer vorrevolutionären Lage innerhalb weniger Jahre durchaus vorstellen können - wenn es gelingt, hier eine revolutionäre Perspektive breit zu vermitteln.
Um aber eine revolutionäre Perspektive zu vermitteln, müssen wir erstmal selber eine haben. Und da fangen die Probleme an.

VON DER REVOLTE ZUR REVOLUTION ?

Wir wissen, daß wir uns damit jetzt gleich zu Anfang extrem unbeliebt machen, aber wir sind der Ansicht, daß es einem beachtlichen Teil der Szene gar nicht um die Revolution geht, sondern darum, ihre Lebensvorstellungen und ihre Lebensweise hier durchzusetzen. Um es mal in einem beliebten Bild auszudrücken: viele wollen eben nicht wirklich die ganze Bäckerei, das heißt sie wollen vor allem nicht backen, sie wollen vielmehr alle Stücken Torte und das Recht, sich in der Öffentlichkeit damit zu bewerfen. Extremster Ausdruck davon ist der Hönkel-Schwachsinn, wo es ganz klar nicht mehr um Veränderung geht, sondern nur noch um Selbstdarstellung. Gerade die ständige Betonung des ›subjektiven Bruchs‹ mit dem System ist ein Ausdruck davon, daß der Bruch eben nicht vollzogen ist. Das hat einen einfachen Grund: der subjektive Bruch ist eine individuelle Entscheidung zu kämpfen.Er hebt die objektive Integration ins kapitalistische System nicht auf. Der Kapitalismus zeichnet sich eben gerade dadurch aus, daß er alle Bereiche des Lebens in Warenwirtschaft und Kapitalverwertung einbezieht - auch den gesamten Reproduktionsbereich, auch alle Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, übrigens auch alle Diebe und Einbrecher. Alle Vorstellungen, man/frau könnte mit Verweigerung der Lohnarbeit, Diebstahl und dergleichen ›irgendwie außerhalb des Systems‹ leben, sind schlicht und einfach falsch und müssen überwunden werden. Die Strukturen des Kapitalismus erlauben keinen objektiven Bruch mit dem System.
Woher kommt diese Vorstellung vom subjektiven Bruch ? Wir sehen zwei Wurzeln: die soziale Herkunft der Szene,die ihre Lebensbedürfnisse geprägt hat, und dann die Szene-Lebensweise.

KLASSE AN SICH , FÜR SICH ODER FÜR WEN ?

Die Behauptung nämlich, in den Metropolen seien die Proletarier/das revolutionäre Subjekt "die Bewegung der Kämpfenden" ist schlicht falsch. Proletarier ist kein Ehrentitel, den man sich wie eine Medaille um den Hals hängt, sondern ein analytischer Begriff, der die Stellung des Menschen zu den Produktionsmitteln kennzeichnet.
Was aber ist die Stellung der Szene zu den Produktionsmitteln ? Meist wird nicht einmal diese Frage gestellt. Wichtig ist sie aber trotzdem. Eine Klassenanalyse ist nämlich für die Entwicklung einer revolutionären Strategie unerläßlich. Sie muß auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, ausgehend vom Widerspruch zwischen Proletariat und Bour-



geoisie, die konkreten Klassenverhältnisse und die Formen des Klassenkampfes analysieren.
Diesen ersten sehr wichtigen Punkt wollen wir hervorheben :
Die Szene muß endlich ihre eigene Situation in der Klassengesellschaft schaft reflektieren. Eine revolutionäre Strategie muß sich auf eine Klassenanalyse der gesamten Gesellschaft stützen. Sie darf nicht nur aus den Bedürfnissen der Kämpfenden,ihren Diskussionen, ihrem Zusammenkommen oder dergleichen abgeleitet werden.
Es steht hoffentlich außer Frage, daß wir für die Revolution hier die Mehrheit der Menschen gewinnen müssen. Wir haben aber leider immer wieder feststellen müssen, daß viele Menschen aus der Szene der werktätigen Bevölkerung, überhaupt den ›Normalos‹, mit Distanz und Gleichgültigkeit, oft sogar mit Arroganz, Haß und Verachtung begegnen. Das fängt mit der diffusen Vorstellung an wir alle hier seien ja irgendwie zu reich und die Arbeiter hier wären an der Ausbeutung der ›3. Welt‹ beteiligt weil sie Bananem essen.
"Viele von ihnen (gemeint sind Autonome und Antiimps,a.d.L.) haben ein Bild vom ›Arbeiter‹ im Kopf, das elitär ist: Arbeiter sind kleinbürgerlich (allein schon deshalb, weil sie arbeiten) und lesen die Springer-Presse. Dazu im Gegensatz der Revolutionär - er steht isoliert, aber revolutionär auf verlorenem Posten. Revolutionäre Unkosten werden über das kassierte ›Sozi‹ oder übers Jobben finanziert. Überleben kann der revolutionäre Kämpfer über die revolutionäre Enteignung von Lebensmitteln bei Aldi. Er lebt autonom oder auch antiimperialistisch auf ›befreitem Gebiet‹, von jeder ›Arbeiter‹ - oder, was oft gleichgesetzt wird, Spießbürgernorm hat er sich befreit. Das kapiert ›der‹ Arbeiter nicht, der - weil er kein Haus besetzt hat - immer noch Miete zahlt, immer noch seinen Fraß bei Aldi bezahlt,dafür

regelmäßig arbeiten geht und - weitaus schlimmer noch! - ein Auto hat, es sogar reparieren läßt und womöglich auch noch Video und Kabelfernsehen hat. Ach ja, Familie hat er auch noch. Kein Wunder, daß der Angst vor Arbeitslosigkeit hat und sich über Chaoten, Punks und Terroristen beschwert. Das Arschloch !"
(aus:Partisan,Zeitung der Proletarischen Aktion,April 88)
Nun wollen wir hier nicht mit klagender Miene stehenbleiben, sondern uns zunächst mal fragen, warum das eigentlich so ist. Wir sehen da zwei Wurzeln: die Klassenherkunft der Szene und ihre Lebensweise.
Die meisten von uns kommen aus der Mittelschicht. Fürs Materielle war da im Allgemeinen gesorgt. Also entwickelten wir nicht in erster Linie ökonomische, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse. Was uns zum Kämpfen gebracht hat war der Widerspruch zwischen unseren Lebensbedürfnissen und der Realität der Entfremdung. Nachdem wir einmal begonnen hatten zu denken stießen wir schnell auf die offensichtliche Unmenschlichkeit des Systems: Krieg, Ausbeutung der '3. Welt' etc..Die ökolosche Krise wurde zum Thema (Anti-AKW), und es verbreitete sich die Erkenntnis, daß dieses System früher oder später den Untergang bedeutet. Mit den Kämpfen kam die Erfahrung der staatlichen Gewalt. Und damit wären schon die Themen umrissen, zu denen wir politisch gearbeitet haben. Die Arbeitskämpfe in der BRD (entgegen anderslautenden Gerüchten gibt es nämlich auch hier welche) werden weitgehend ignoriert, sofern sie nicht einigermaßen militant sind. Das ist eigentlich nur konsequent: wer von seinen eigenen Bedürfnissen ausgeht und keiner Lohnarbeit nachgeht, dem/der kann die 35-Stunden-Woche natürlich schnurz sein. Das die Szene auf Lohnarbeit verzichten will, ist auf ihre soziale Herkunft zurückzuführen, auf den Wunsch, Lebensvorstellungen sofort umzusetzen. Lohnarbeit bedeutet Fremdbestimmung, das Gegenteil von dem was wir wollen. Also verzichten wir dankend und halten auch noch alle für Idioten oder konsumgeil, die das nicht tun. Das die Szene aber überhaupt auf Lohnarbeit verzichten kann, ist Folge der Möglichkeit, Sozialhilfe zu beziehen. Und diese Möglichkeit ist, historisch wie im internationalen Vergleich, ziemlich einmalig. Dazu kommt, daß die meisten von uns aus Familien kommen, die in der Lage sind sie aufzufangen, wenn es nötig ist. Es gibt eben sehr wohl die Möglichkeit, den >subjektiven Bruch< zurückzunehmen, und diese Möglichkeit wird - mit oder ohne Hilfe der Familie - recht oft genutzt. Die autonome Lebensweise ist oft eine Phase jugendlichen Abenteurertums nach dem Motto: wer mit 20 nicht Kommunist ist hat kein Herz, wer mit 40 noch Kommunist ist hat keinen Verstand. Wir wollen nun gar nicht die Parole >in die Betriebe< ausgeben. Wir wollen auf zweierlei hinaus: einmal wollen wir auf die Gefahren hinweisen, die entstehen, wenn über die eigene soziale Stellung nicht nachgedacht wird. Und dann wollen wir aus unserer Sicht sagen, wozu die autonome Lebensweise gut sein kann.





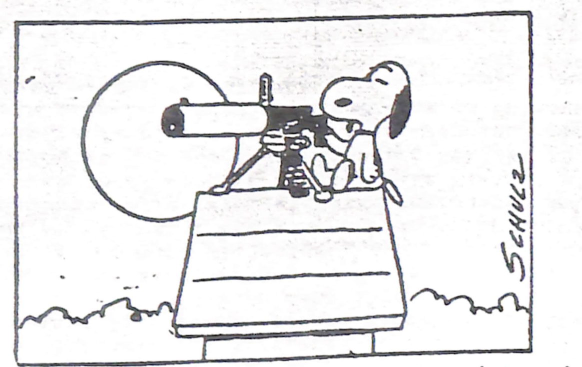
AUTONOMIE - SELBSBESTIMMTES LEBEN - KOMMUNISMUS

Bleiben wir erstmal bei Folgen und Gefahren der Ignoranz. Die Szene pflegt einen Lebensstil, der sie ganz von selbst in die gesellschaftliche Isolation treibt. Wie der Alternativler der späten 70er Jahre, der sich zwischen Bioladen, Alternativbetrieb und Landkommune bewegte, so hat auch der typische Szenik der späten 80er kaum Außenkontakte - nur daß er sich zwischen WG, Termin und Autonomen-Ditschko bewegt. So geht der Kontakt zur gesellschaftlichen Realität verloren. Die Szene bekommt nur Szene-Meinungen zu hören und hält das dann für die Wirklichkeit. So kommt es dann zur Überschätzung der eigenen Kräfte: wenn um einen rum nur Revolutionäre sind,dann muß das ja wohl überall so sein. Die Wirklichkeit wird über die Medien wahrgenommen, die die autonome Szene bekanntlich gern in sehr grellen und für uns schmeichelhaften Farben malt. Wer seine Nase jedoch einmal über den Tellerrand der Szene steckt merkt schnell, daß die meisten Menschen von ganz anderen Problemen bewegt werden als die Szene sich das so vorstellt. Die meisten Szeniks gehen davon aus, daß sich die Menschen früher oder später, ausgehend von ihren eigenen Bedürfnissen oder ihrer Betroffenheit, der Revolution schon anschließen werden. Nun wird es zwar immer Menschen geben,die das tun. Dadurch erneuert sich die Szene ständig, das System bringt sie immer wieder hervor. Aber wir können nicht erwarten, daß alle Menschen unsere Vorstellungen von selbst übernehmen. Bedürfnisse und Vorstellungen sind nämlich kein Naturereignis, sie sind Ergebnis von Sozialisation und Lebensweise. Und deshalb können sie nicht bei allen Menschen gleich sein. Eine andere Klassenrealität, in der ökonomische Dinge mehr im Vordergrund stehen, führt zu anderen Bedürfnissen, ebenso wie die völlig unterschiedliche historische Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration, ja überhaupt der Generationen. Wir sollten uns zum Beispiel nicht darüber wundern,daß jemand der den Faschismus erlebt hat, dieses System als das kleinere Übel ansieht. Genausowenig sollte es uns wundern, daß jemand der in der Nachkriegszeit gehungert hat ein anderes Verhältnis zur Warenwelt hat als wir. Die Realität der Fabrik vermittelt andere Erfahrungen und Wünsche als die des Sozialamts, der Uni oder des Alternativsbetriebes. Wir meinen:
Aufgabe einer revolutionären Bewegung kann es nicht sein, ihre Erfahrungen
und Bedürfnisse für absolut zu setzen. Sie muß vielmehr die Erfahrungen und Bedürfnisse der proletarischen Massen mit der revolutionären
Theorie in Beziehung setzen und daraus eine Strategie entwickeln
Oder, um es mit den Worten Lenins zu sagen, sie muß "all jene Tropfen und Rinnsale der Volkserregung sammeln und...konzentrieren, die aus dem...Leben in weit größerer Menge hervorquellen, als wir alle es uns vorstellen und glauben, die aber zu einem gewaltigen Strom vbereinigt werden müssen." (aus: was tun ?, 1901)
Wir meinen nicht, das es falsch ist konkrete Bedürfnisse zu haben und zu versuchen sie schon vor der Revolution umzusetzen. Dies bedeutet, für Veränderungen im positiven Sinn zu kämpfen, für billigen Wohnraum etwa oder gegen den § 218. Wir meinen aber, das Überheblichkeit und Verachtung gegenüber Menschen, die anders leben als die Szene für Revolutionäre nicht ansteht. Und wir meinen, daß der Kampf um Freiräume nicht automatisch revolutionärer Kampf ist, und zwar unabhängig davon wie militant er geführt wird, und auch unabhängig davon, wie die Parolen lauten. Viele werden sagen, daß wir jetzt offene Türen einrennen. Aber halsstarrig wie wir nun einmal sind glauben wir, daß dem nicht so ist. Die Penetranz, mit der die Formel vom >selbstbestimmten Leben< in allen möglichen Mobilisierungen auftaucht zeigt , daß der Zusammenhang nicht begriffen wurde. Ein selbstbestimmtes Leben kann es im Kapitalismus nämlich nicht geben, weil der Charakter der Warengesellschaft das ausschließt. Demnach wäre es doch wesentlich praktischer,

für den Kommunismus' zu sagen wenn es um selbstbestimmte Leben geht. Erst in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der die Menschen von der Sorge um das Lebensnotwendige und von entfremdeter Arbeit befreit sind kann es ein selbstbestimmtes Leben geben. Die meisten Szeniks kämpfen lieber für Freiräume und verwechseln das mit dem Kampf für Selbstbestimmung, das heißt für die Revolution. Das zeigt sich auch in den konkreten Mobilisierungen.
Wenn es um das Erkämpfen sogenannter Freiräume geht, ist es kein Problem, am selben Tag noch 500 Menschen dafür oder dagegen auf die Straße zu bekommen. Bei internationalistischen Mobilisierungen, wo nun mal niemand konkrete Verbesserungen für sich selbst erkämpfen kann, sieht das schon anders aus. Das mag persönlich verständlich sein, weist aber sehr deutlich auf die fehlende revolutionäre Perspektive hin.
Es ist richtig, daß jede/r von uns eine revolutionäre Identität haben, revolutionäres Subjekt sein muß.Das heißt aber nicht, daß wir subjektivistische Politik machen dürfen.
Einige werden uns entgegnen, daß es eben gerade darum geht, im Kampf für konkrete Projekte eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. Aber sehen wir, wie das konkret aussieht. Nehmen wir die bedeutendste politische Mobilisierung hier in Hamburg: die Hafenstraße. Da hieß es ab 1985: >es geht nicht nur um die Häuser<. Ja, aber worum dann ? Die Menschen, die drin wohnen ? Tanzende Rebellion ? Wir wollen auf die Hafenstraße und ihren Mythos später noch eingehen, daher hier nur soviel: inhaltlich ist das alles sehr, sehr dünne geblieben. Eine revolutionäre Perspektive ist nicht vermittelt worden.
Den meisten Menschen außerhalb der Szene sind die Szene-Parolen ganz einfach unverständlich. Das liegt nicht daran, daß sie alle blöde sind oder ihnen der Wunsch nach einem anderen Leben fremd ist, sondern daran, daß die Szene nur von sich selber ausgeht und sich herzlich wenig Mühe gibt, andere Menschen anzusprechen. Aber wir wollen uns nicht wiederholen.
Den Inhalten entspricht auch die Form der politischen Arbeit. Treffen und Diskussionen dauern Stunden um Stunden, weil sich fast alle dafür Zeit nehmen können. Und die, die das nicht können,haben eben Pech gehabt. Sollen sie doch zum Sozialamt gehen ! Für Aktionen gilt oft das Gleiche. So regelt sich die Zusammensetzung der Szene ganz automatisch.
Eins wollen wir noch sagen. Die Szene ist nicht in der Lage, ihre Vorstellungen von selbstbestimmtem Leben umzusetzen. Was ist in der Hafenstraßenditschko anders als in anderen Discos (mal abgesehen von der Kleiderordnung) ? Wieviele Leute in >befreitem Gebiet< ziehen sich ihren ersten selbstbestimmten Halben schon morgens um 10 Uhr rein ? Wer mit großen Hoffnungen und Illusionen in die Szene geht und sich vorstellt, da gerade auch sein/ihr eigenes Leben klarzukriegen, wird sich schnell enttäuscht abwenden. Die Lebenssituation der Szene würde eine Tätigkeit als Berufsrevolutuionär im Sinne Lenins ermöglichen. Zu seiner Zeit wurden solche Menschen aus Spenden und Parteibeiträgen bezahlt. Sie widmeten dann ihre ganze Zeit der Revolution. Es spricht natürlich nichts dagegen, für eine solche Bezahlung den Staat in Anspruch zu nehmen. Diejenigen, die das tun, müssen sich aber der Realitäten bewußt sein. Sie können eben nicht in erster Linie von sich selbst ausgehen. Alle revolutionären Bewegungen beginnen in Schichten, die nicht das revolutionäre Subjekt (als Klasse) sind.
Und das bedeutet für uns revolutionäres Subjekt zu sein: sich eben dieser Avantgarderolle bewußt zu sein, revolutionärer Kern, Kristallisationskeim zu sein - oder,um nicht ganz so unbescheiden zu sein: es zumindest werden zu wollen.

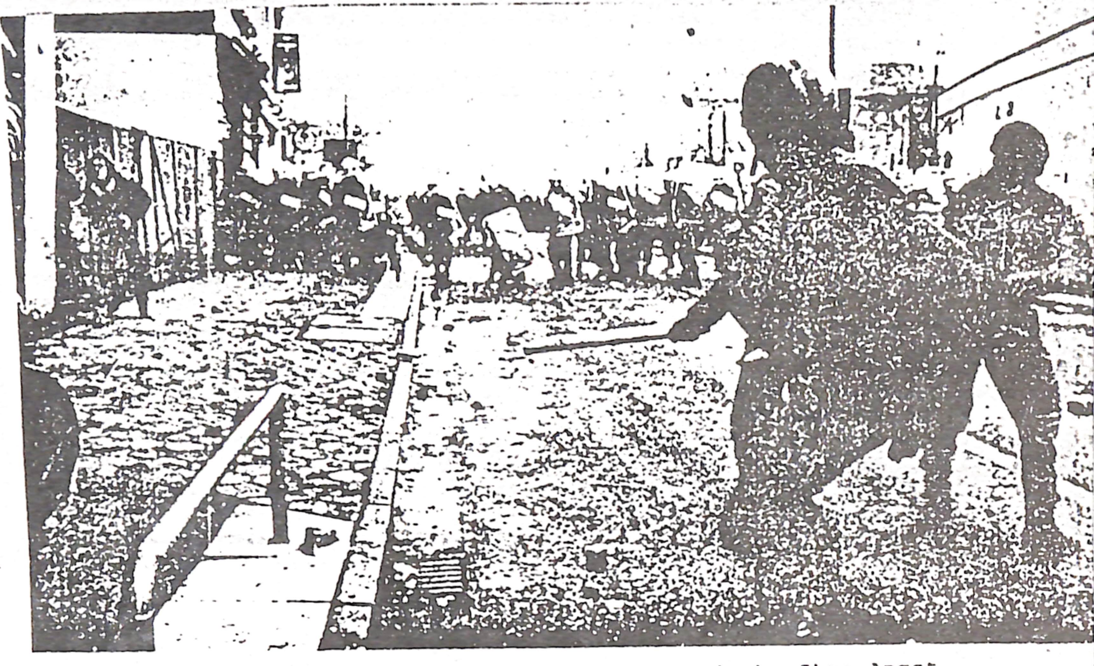


REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT



Die Entwicklung revolutionärer Gegenmacht zieht sich als roter Faden durch die Diskussionen der Szene in den letzten Jahren - zu recht. Aber - ewige Nörgler, die wir nun einmal sind - wir meinen, daß es der Szene mit ihren jetzigen politischen Strukturen nicht gelingen kann, eine dauerhafte revolutionäre Gegenmacht zu entwickeln. Um zu erklären,warum wir das denken, wollen wir auf die größte politische Mobilisierung hier in Hamburg in den letzten Jahren eingehen, auf den Kampf um die Hafenstraße.
Der Kampf um die Hafenstraße steht in der Szene als Symbol dafür, daß es möglich ist, sich gegen den Staat durchzusetzen wenn wir nur entschlossen und militant genug sind. Dann schließen sich andere Menschen dem Kampf an und die revolutionäre Linke kommt im Kampf zusammen. Heute, ein halbes Jahr nach den entscheidenden Barrikadentagen im November, müssen wir feststellen, daß von der Mobilisierung wenig geblieben ist. Andererseits ist es damals gelungen, dem Staat den (vorläufigen) Erhalt der Hafenstraße abzuringen. Das unsere Kämpfe so einen direkten, materiellen Erfolg bringen ist selten. Der Anti-AKW-Bewegung gelang es Ende der 70er, für einige Jahre einen faktischen Baustop durchzusetzen. In beiden Fällen aber war es nicht allein der Kampf auf der Straße - oder auf dem Acker - der den Erfolg gebracht hat.
Wie ist es nun zur Hafenstraßenmobilisierung gekommen, deren Umfang und Dynamik uns selbst überrascht hat ?
Wichtig waren die vielen Veranstaltungen, die die Hafenstraße in den Stadtteilen gemacht hat. Sie allein erklären aber nicht, warum sich gerade hier so viele Menschen engagierten. Wir haben vorhin vom Hafenstraßen-Mythos gesprochen. Wir meinen damit, daß die Polarisierung der Meinungen und die große Mobilisierung darauf zurückzuführen sind, daß um ein Symbol gekämpft wurde. Dadurch wurde die Hafenstraße weit über ihre reale Bedeutung hinaus zum Mythos. Durch diesen Mythos fühlten sich viele Menschen zum Handeln gedrängt, noch weit mehr symphatisierten mit unserem Kampf. Das ging weit über den Kreis der sonst politisch Aktiven oder auch nur Interessierten hinaus. Das haben auch die reformistischen Organisationen gemerkt, deshalb haben sie sich solidarisiert. Für alle diese Menschen stand die Hafenstraße für die Hoffnung auf ein anderes Leben, für Rebellion, dafür, sich von den Bullen nix gefallen zu lassen. Genauso diffus und verschwommen, wie das hier steht. Das Bild vom kleinen gallischen Dorf, das den Römern standhaft Widerstand leistet ist hier ziemlich treffend. Eine Frau aus der Hafenstraße hat im Grunde eben dieses Motiv auf die heutige Zeit übertragen, auf einem Bild das recht weit verbreitet ist: die Hafenstraße als kleiner bunter Fleck, umgeben von den Mächten des Bösen, bedroht von einem übergroßen Bullen der sich über die Häuser beugt.
In diesem Sinne ging es also tatsächlich um mehr als um die Häuser. Es ging aber nicht um konkrete politische Ziele, Strategien oder gar die Revolution. Da wir selber nicht in der Lage waren, die Parole >es geht nicht nur um die Häuser< zu konkretisieren, wie hätten wir das anderen vermitteln können ?

Nebenbei gesagt: für die Gegenseite gilt entsprechend das Gleiche.Für sie, die Befürworter der herrschenden Ordnung, stand (und steht) die Hafenstraße stellvertretend für alles Böse, für alles, was die Ordnung bedroht. Die Hafenstraße verkörpert für sie alles, was ihre Lebensweise in Frage stellt. Das Gefühl, daß da Leute tun was ihnen Spaß macht und sich nicht um die Gesetze kümmern, den Bullen sogar mal auf die Fresse hauen, ist ihnen



unerträglich. Deswegen reagieren sie so hysterisch. Ihre Angst und ihr Haß, die aus ihrem entfremdeten Leben kommen, richten sie gerade gegen die, die sich gegen die Entfremdung auflehnen. Ein ähnlicher Mechanismus spielt sich im rassistischen und faschistischen Denken ab, aber darauf können wir hier nicht näher eingehen.
Jedenfalls sehen alle in der Hafenstraße das, was sie drin sehen wollen. Symbolisch kämpften hier Rebellen gegen Ordnungshüter.

Das alles wäre nun halb so tragisch. Keine politische Bewegung kommt ohne Mythen aus. Wir können aber auf der Grundlage von Mythen keine politische Stärke entwickeln. Spätestens mit der Mittelamerika-Demo am 29.2. - die ja auf der Stärke der Hafenstraßenmobilisierung aufbauen sollte - wurde klar, daß es einmal mehr nicht gelungen ist, dauerhafte Strukturen, eine dauerhafte politische Stärke herzustellen.

Die gleichen Menschen, die zum Erhalt der Hafenstraße mobilisiert werden konnten, blieben diesmal zu Hause. Sind das nun alles Arschlöcher ? Unserer Meinung nach nicht.
Die Reaktionen der Szene auf die Niederlage des 29.2. waren recht verschiedenartig. Sie gingen von technokratisch (die Funkverbindungen waren nicht gut genug) über kindisch (>die

andere‹ haben es mal wieder nicht ernst gemeint, während ›wir‹ uns in revolutionärem Elan überschlagen haben) und naiv (die Reformisten haben uns verraten !) bis hin zu durchaus ermutigenden Stellungnahmen (Gruppe Arbeiterpolitik), die alte Gewohnheiten der Szene in Frage stellen.

Wir wollen die Sache aber grundsätzlicher angehen. Wir meinen, daß das Gegenmacht-Konzept der Szene an zwei Schwächen krankt. Die erste: obwohl das Problem seit einiger Zeit durchaus bekannt ist, tappt die Szene immer wieder in die militaristische Falle. Die zweite: Fragen der politischen Theorie und Analyse (nicht zu verwechseln mit der bloßen Menge produzierten bedruckten Papiers) werden nicht ernst genug genommen.

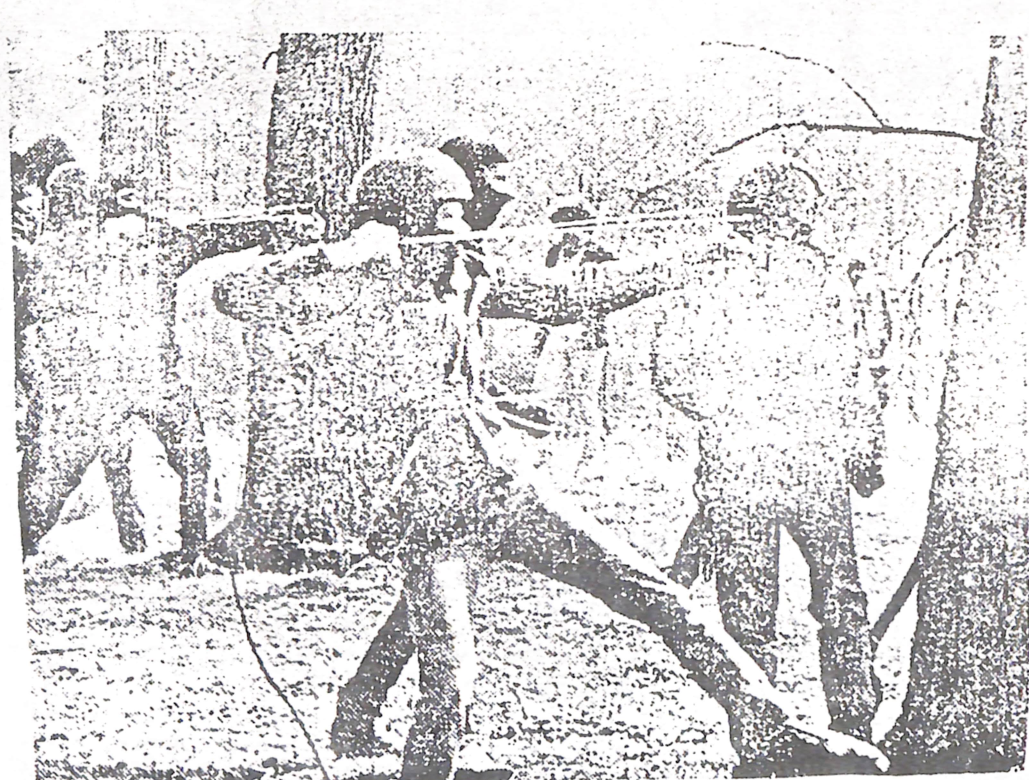
DIE MILITARISTISCHE FALLE

Wir wollen hier noch mal auf die Hafenstraße zurückkommen, und zwar auf den 5.12.85. Damals hatten sich etwa 600 Menschen vor den Häusern versammelt, um sie zusammen mit denen drinnen gegen einen erwarteten Bullenangriff zu verteidigen. Die Bullen griffen nicht an, obwohl es ziemlich sicher ist, daß sie das vorhatten.

Bei vielen ist da hängengeblieben: die Bullen haben nicht angegriffen, weil sie Schiß vor der Auseinandersetzung mit einigen hundert Militanten hatten. Folgerung: wenn wir nur militant genug sind, können wir auch gegen die Bullen gewinnen. In den nachfolgenden Diskussionen hat sich dann eine differenziertere Einschätzung durchgesetzt. Die Bullen hatten nämlich nicht nur vor anzugreifen, gleich danach sollte geräumt und abgerissen werden. Die Tricks, mit denen das durchgezogen werden sollte (genauer nachzulesen im Hafenstraßen-Buch), waren aber nicht nur außerordentlich schmierig, sondern auch nicht so ganz legal. Das alles war vorher bekannt, und selbst die

bürgerliche Presse kritisierte dieses Vorgehen. In dieser Situation war dem Senat in der Tat eine große Straßenschlacht ein zu großes politisches Risiko. Die Militanz allein hätte es also nicht gebracht, nur im Zusammenwirken mit anderen Faktoren konnten wir einen Erfolg erreichen. Ohne die Militanz allerdings, auch das muß klar sein, wäre die Hafenstraße damals wahrscheinlich geräumt worden. Das politische Risiko, einige dutzend Menschen aus den Häusern zu tragen wäre der Senat wohl eingegangen, selbst wenn ein Gericht diesen Schritt später für rechtswidrig erklärt hätte.

Leider hat sich diese Einschätzung nicht in allen Köpfen so richtig durchgesetzt.
Nach der vorläufigen Beendigung der Auseinandersetzungen um die Hafenstraße machte sich der Senat - wie nicht anders zu erwarten - daran, das auf der Straße verlorengegangene Terrain zurückzugewinnen. Durch massive Vorkontrollen und die Drohung, jede Demo auseinanderzuhauen wenn die vom Staat vorgegebenen Bedingungen nicht eingehalten würden, gelang das sowohl bei der Palästina-Demo als auch bei der Demo zur Freilassung von Ulla und Ingrid. In dieser Situation wurde die Mittelamerika-Demo vorbereitet. Dabei sollten unsere Kampfbedingungen hier gleichberechtigter Schwerpunkt der Mobilisierung sein. Und mit der Art und Weise wie das angegangen wurde tappte die Szene in die militaristische Falle. Die Gegenmacht auf der Straße wurde gleichgesetzt mit einem großen Block Behelmter. Aus den Erfahrungen bei Auseinandersetzungen auf der Straße in den letzten Jahren hätte aber klar sein müssen, daß wir gegen die militärische Übermacht der Bullen flexibel vorgehen müssen. Wir werden darauf gleich noch näher eingehen.



Der politische Fehler war, davon auszugehen, daß sich das Kräfteverhältnis aus der Hafenstraßenmobilisierung einfach so für die nächsten Kämpfe konservieren läßt. Dabei wurde zum einen die Erfahrung vom 5.12.85 vergessen, daß nämlich die militante Stärke der Szene allein nicht ausreicht. Zum andern ging die Szene - hier kommen wir wieder zur Ghetto-Mentalität - davon aus, daß sich viele Menschen vom Thema ›EG-Intervention in Mittelamerika‹ mobilisieren lassen würden. Weil das Thema ja wichtig ist und die EG-Politik zur Zeit so viel diskutiert wird. Die Erfahrungen der internationalistischen Mobilisierungen der vergangenen Jahre wurden nicht beachtet.
Das Ergebnis ist bekannt: die Szene stand ziemlich alleine da, es gelang nicht, eine geschlossene Demonstration durchzuführen.
So weit, so schlecht. Wir wollen aber nicht bei Klugscheißerei nach dem Motto "hätte man...wäre damals" stehenbleiben, sondern der Sache auf den Grund gehen.

Beginnen wir damit zu überlegen, was Gegenmacht eigentlich ist. In Szene-Betrachtungen reduziert sich der Begriff meist auf unsere militante Stärke auf der Straße. Hinzu kommt noch eine diffuse Vorstellung von der Gegenmacht im Stadtteil, auch meist reduziert darauf, daß die Bullen da nicht reinkönnen. Wir dagegen sind der Ansicht, daß die Frage der Gegenmacht vor allem die Frage nach der Verankerung unserer Kämpfe im Proletariat ist. Dazu werden wir später noch mehr sagen.
Bleiben wir zunächst mal bei unserer Stärke als Bewegung auf der Straße. Denn die ist natürlich auch notwendig, wenn wir uns hier durchsetzen wollen. Um aber eine realistische Einschätzung unserer heutigen Stärke auf der Straße zu gewinnen, ist es notwendig, einen Blick in die Geschichte der revolutionären Linken in der BRD zu tun.

Erst Mitte der 60er Jahre begannen Demonstranten wieder, sich gegen Übergriffe der Bullen zu wehren und Symbole des Kapitalismus und Imperialismus anzugreifen. Vorher hatte das politische Kräfteverhältnis das nicht erlaubt. Bei den großen Demos gegen die Wiederaufrüstung ging die Gewalt nur von den Bullen aus. 1951 wurde ein Kommunist erschossen, als die Bullen eine Demo auflösten. 1961 wurden in Berlin 1000 Kommunisten in Vorbeugehaft genommen bevor Kennedy die Stadt besuchte. Die Ostermärsche mußten damals auf dem Land stattfinden, weil es in der Stadt verboten war, Transparente zu tragen. Parolen durften auch auf dem Land nicht gerufen werden. Bei politischen Veranstaltungen meldeten sich die Spitzel ganz offiziell an und bekamen einen Platz zugewiesen.

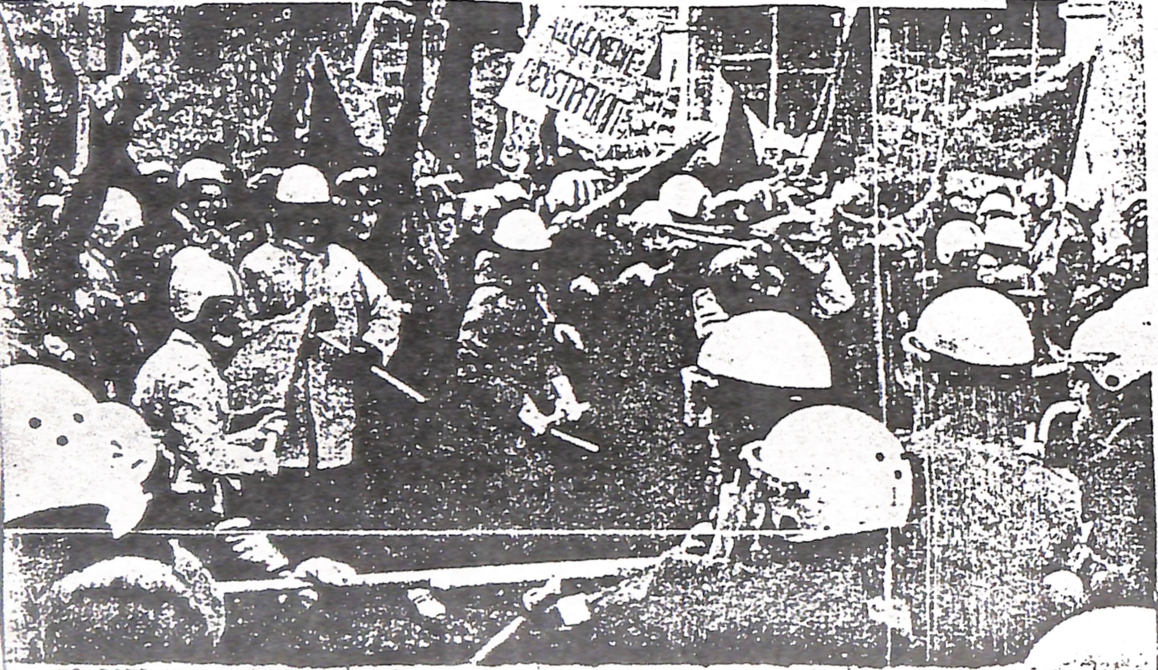
Der technische Fortschritt ist nicht aufzuhalten

Als sich Ende der 60er Jahre dann das politische Kräfteverhältnis grundlegend änderte, gewann die Bewegung auf der Straße an Stärke. Verschiedene politische Gruppen versuchten dann, sich für den Kampf gegen die Bullen zu organisieren. Der Bullenapparat war damals noch weit weniger als heute auf solche Auseinandersetzungen eingerichtet. Statt Helm wurde die weiche Mütze getragen, Plastikschilde waren noch unbekannt, und die Wasserwerfer ähnelten eher fahrbaren Duschen. Der Straßenkampf wurde von Beginn an von den damals entstehenden zwei großen Strömungen der revolutionären Linken geführt: den autonomen Gruppen (oder Spontis, wie es damals hieß) und den ›K-Gruppen‹.
Beide Strömungen waren damals besser organisiert als es die Szene heute ist. Die Punkte der Konfrontation waren nicht abhängig von Lust, Laune und Bewegungskonjunktur. Sie wurden nach politischen Kriterien bestimmt. Wir können hier nicht die Geschichte des Straßenkampfes der letzten 20 Jahre aufarbeiten, daher wollen wir nur ein paar Stichworte geben. Die Frankfurter Autonomen stellten in den 70ern die ›Putzkolonne‹ auf. Dort organisierten sich Leute, die sich auf den Kampf mit den Bullen vorbereiteten. Trainiert wurde im Wald mit erbeuteten Bullenausrüstungen. Ein entscheidender Unterschied zu heute ist, daß die ›Putzkolonne‹ in der Lage war, andere zu schützen die sich den Kampf mit den



Bullen nicht zutrauten. Der Block der Behelmten dagegen ist heute bestenfalls in der Lage, sich selbst zu schützen. Das die ›Putzkolonne‹ nicht aufflog, ist auf die besseren politischen Strukturen der Bewegung damals zurückzuführen und darauf, daß es eine Verankerung in den Massen gab. Die Szene bemühte sich damals im Häuserkampf nämlich um eine weit über ihren Umkreis hinausgehende Organisierung (Mieterinitiativen etc.) und hatte damit teilweise auch Erfolg.

Die ›K-Gruppen‹ stellten in den Kämpfen um die AKW-Bauplätze 1977-79 fest organisierte Gruppen. Darin hatte jede/r eine Aufgabe. Die so organisierten Gruppen konnten den Bullen weit mehr entgegensetzen als wir in Kleve.



Es geht uns jetzt nicht darum darüber zu klagen, daß in der guten alten Zeit alles besser war. Es ist uns auch durchaus klar, daß die damaligen Strukturen vielfach autoritär und nicht frei von Macho-Gehabe waren. Wir wollen auf Folgendes hinaus: wenn wir von Gegenmacht auf der Straße reden, dann ist es wichtig festzustellen, daß diese Gegenmacht in den 70er Jahren auf qualitativ höherem Niveau bestanden hat.
Die revolutionäre Linke war damals weit weniger auf die Konjunktur der Bewegung angewiesen, weil sie eine ausreichende eigene organisatorische Stärke hatte - eine Stärke, die uns fehlt. Eine dauerhafte Gegenmacht auf der Straße setzt eine dauerhafte Organisierung voraus.

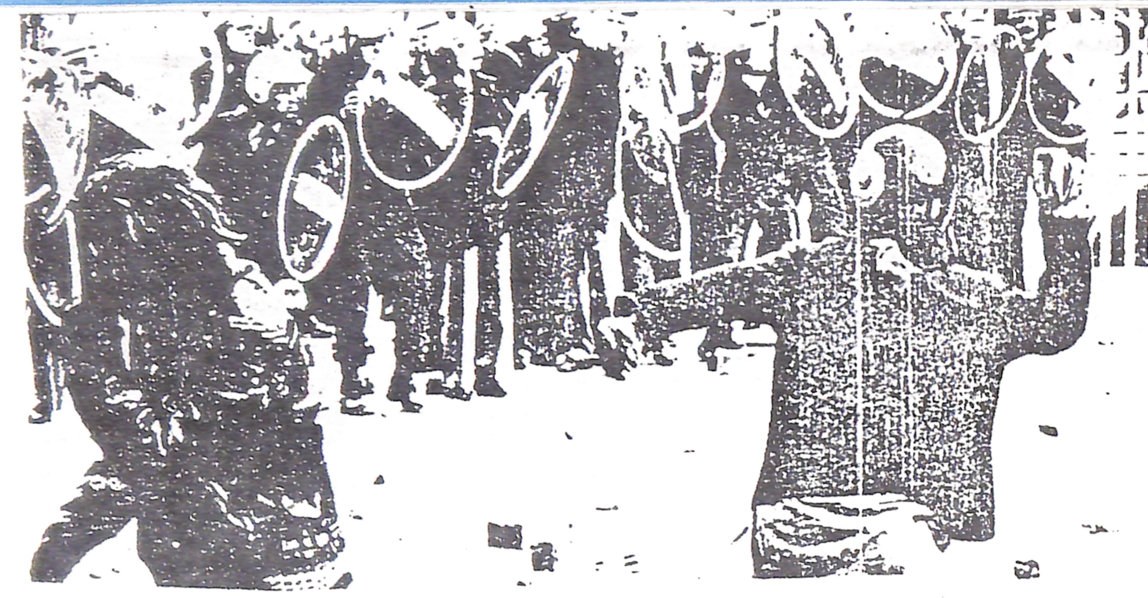
Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie zähflüssig die Diskussionsprozesse sind wenn, sich mehrere Gruppen auch nur für eine Aktion zusammentun wollen. Meist läuft in der Aktion dann doch alles anders als geplant, und die Aktionseinheit fällt hinterher auseinander. Bei der nächsten Aktion müssen dann wieder alle von vorn anfangen. Das ist nicht nur eine ungeheure Verschwendung von Zeit und Energie. Solange dieser desorganisierte Zustand andauert, wird es uns nie gelingen, eine dauerhafte Gegenmacht auf der Straße aufzubauen.

Seit Ende der 60er Jahre wurde der Polizeiapparat extrem aufgerüstet. Auch die Taktik hat sich verändert, die Bullen versuchen aus ihren Einsätzen zu lernen. Wichtig daran ist uns zweierlei.
Ein Berliner Polizeioffizier äußerte mal, um eine Versammlung von 1000 Menschen unter Kontrolle zu halten brauche man 2 Mann mit einem Maschinengewehr, 20 mit Gewehren oder 200 mit Gummiknüppeln. Der Staat wählte, trotz der höheren Kosten, den letzteren Weg. Das hat mit Humanität nichts zu tun. Es handelt sich um die Form der Repression, die die Bourgeoisie in nichtrevolutionären Situationen für zweckmäßig erachtet, und zwar zunehmend auch in offenen Diktaturen. Um es mit den Worten des guatemaltekischen Innenministers auszudrücken: wozu soll man Gewerkschafter erschießen, es reicht doch sie zu verprügeln.

Das bedeutet, daß den Bullen bei ihren Einsätzen gegen uns politische Grenzen gesetzt sind. Das gibt uns einen Spielraum, den wir ausnützen können.

Außerdem hat der Apparat Probleme, die er nie ganz lösen kann weil sie eine Folge seiner Struktur und Funktion sind. Die Bewegungen der Bullen sind schwerfällig, weil sie in großen Einheiten und zentral gelenkt operieren müssen. Wenn sie von Entwicklungen überrascht werden, kommen sie nicht mehr klar. Die größten Erfolge bei militanten Demos wurden da erreicht, wo wir die Bullen überraschen konnten.
Das gilt etwa für die ersten beiden Brokdorf-Demos 1976. Bei der ersten wurde der Bauplatz überraschend besetzt. Zwei Wochen später, der Bauplatz war bereits zur Festung ausgebaut, gerieten die Bullen noch einmal ernsthaft in Bedrängnis. Im Polizeibericht heißt es: "Gegen 19 Uhr wurde die Lage der eingeschlossenen Polizeikräfte kritisch". Die hatten nämlich all ihr Tränengas verballert (über 1500 Granaten) oder mit Wasserwerfern verschossen. Nachschub mußte aus anderen Bundesländern eingeflogen werden. Inzwischen waren schon mehrere Löcher im Zaun. Da es aber Nacht wurde, gingen die meisten Laute von selber nach Hause, die Bullen konnten aufatmen. Sie marschierten dann raus und vertrieben den Rest.





Bei der Rekrutenvereidigung in Bremen 1980 hatten die Bullen einfach nicht mit so vielen Militanten gerechnet. Sie waren mit so schwachen Kräften vor Ort, daß sie mit Mühe den Eingang zum Stadion halten konnten. So wurde vor dem Stadion stundenlang gekämpft - wobei die Bullen oft ziemlich schlecht aussahen - und zwei Bundeswehrfahrzeuge gingen in Flammen auf.

Es wird immer wieder vorkommen, daß der Staat die Dynamik politischer Bewegungen falsch einschätzt und daher falsch reagiert. Das war zum Beispiel Pfingsten 86 in Wackersdorf der Fall. Wenn es ihm allerdings gelingt, seine hochgerüsteten und militärisch organisierten Bullenhorden frontal gegen uns einzusetzen - wie 86 in Kleve - bleibt uns nur der beschleunigte Rückzug.

Beim Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld 1983 haben die Demo und die anschließenden Aktionen gegen das deutsch-amerikanische Freundschaftsfest die Bullen völlig durcheinandergebracht. Sie konnten zwar haufenweise Leute festnehmen, verprügeln und durch die Straßen hetzen, aber überall formierten sich neue Gruppen. Dabei hatten diejenigen die besseren Karten, die nicht in Leder und mit Helm, sondern >in Zivil< erschienen waren. Die Bullen, die das Freundschaftsfest nicht übermäßig stören durften, konnten sie nämlich nicht von den Festteilnehmern und Passanten unterscheiden. Diese Menschen und Gruppen waren aber trotzden im entscheidenden Moment handlungsfähig: als die Bullen in ihrer grenzenlosen Dämlichkeit den Konvoi mit Bush, Genscher und Co. an mehreren Gruppen von Demonstranten vorbeileiteten. Das Ergebnis ist bekannt: ein Hagel von Steinen und anderen Wurfgeschossen sorgte für eine würdige Begrüßung des Staatsgastes. Was zeigt, daß wir auch gegen überlegene Polizeikräfte handlungsfähig bleiben können - auch dann, wenn es nicht möglich ist, eine geschlossene Demo durchzusetzen (ein solcher Versuch von etwa 1000 Autonomen und Antiimps war vorher zerschlagen worden). Es ist dann entscheidend, daß für die Bullen nicht klar erkennbar ist wer dazugehört und wer nicht. Wenn sich verschiedene Gruppen an verschiedenen Orten formieren müssen, weil das nur dort möglich ist wo die Bullen nicht darauf vorbereitet sind, und wenn Demos sich oft auflösen und neu formieren müssen weil sie den Angriffen der Bullen nichts entgegensetzen können, dann ist es entscheidend, sich wie der Fisch im Wasser bewegen zu können. Wer verdächtig aussieht, den kassieren die Bullen bei solchen Gelegenheiten oft einfach ein, da fällt denen immer eine Ausrede ein. Immer ist es für die Bullen leichter, solche Gruppen zu erkennen und auseinanderzuhauen.

Und das war die militaristische Falle vom 29.2.: die Taktik war auf eine offene Konfrontation ausgerichtet, jedenfalls war sie nur dafür gut. Die Behelmten haben sich bewegt wie Elefanten im Porzellanladen und deshalb die Bullen angezogen wie ein Magnet. Eine offene Konfrontation können wir aber bei unserer momentanen Stärke nur in einer politisch und zahlenmäßig starken Demo führen. Die Mittelamerika-Demo war keins von beiden.

Es war klar, oder es hätte zumindest klar sein müssen, daß das politische Kräfteverhältnis eine offene Konfrontation nicht erlaubt. Internationalistische Mobilisierungen in Hamburg waren schon immer schwach, ob es nun gegen den Özal-Besuch oder die israelische Invasion im Libanon, für die Forderungen der nordirischen Hungerstreikenden oder gegen den israelischen Terror in Palästina ging. Nur wenn die Yankees irgendwo einmarschieren oder angreifen, werden es mehr (3000 nach der Grenada-Invasion 1983, 5000 nach dem US-Angriff auf Libyen). Die meisten demonstrieren moralischen Protest, der proletarische Internationalismus ist hier kaum verankert. Nun anzunehmen, daß ausgerechnet bei einem so spröden Thema wie >EG-Intervention in Mittelamerika< die Volksmassen uns zuströmen würden, ist einigermaßen wirklichkeitsfremd. Dazu kam die Tatsache, daß eine Auseinandersetzung mit den Bullen zu erwarten war.
Das heißt nicht, wir hätten zu Hause bleiben sollen. Aber in dieser Situation die >Machtfrage< so laut zu stellen war falsch. Dadurch, daß die offensive Vermummung so laut in die Welt trompetet und zum Bestandteil des Demokonzepts gemacht wurde, war die Linie der Konfrontation vorgegeben - und zwar zu unserem Nachteil.

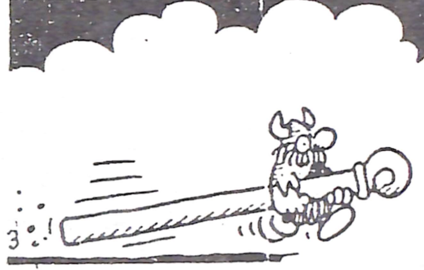
Wir sind hier in Hamburg einer spezifisch sozialdemokratischen Variante der Repression ausgesetzt. Die SPD versucht zu beweisen, daß man auch ohne neue Gesetze mit jeglichem Widerstand fertig werden kann. Die Bilder der Hafenstraßendemos mit dem großen Block der Behelmtem haben bundesweit den Eindruck erweckt, die SPD könne (oder wolle) die Chaoten nicht in ihre Schranken weisen. Diesen Eindruck mußte der Senat wegbekommen, und vor



diesem Hintergrund ist die Taktik der Bullen hier in den letzten Monaten zu sehen. Die SPD wollte der Bourgeoisie beweisen, daß sie der Szene nicht nur Zuckerbrote reichen, sondern auch mit der Peitsche umgehen kann.
Und hier kam den Bullen das momentane Bewegungstief zugute. Der Vertrag vom 19.11. hat die Dynamik der Hafenstraßenmobilisierung vorerst beendet. Es ist eben nicht gelungen, der Bewegung eine Kontinuität zu geben und sie auf andere Themen zu orientieren.

Auf den Plakaten zur Mobilisierung stand "Keine Drohung kann uns aufhalten". Leider entspricht dieser vollmundige Spruch nicht dem tatsächlichen Bewußtseinsstand der Szene. Die Gewalt der Bullen





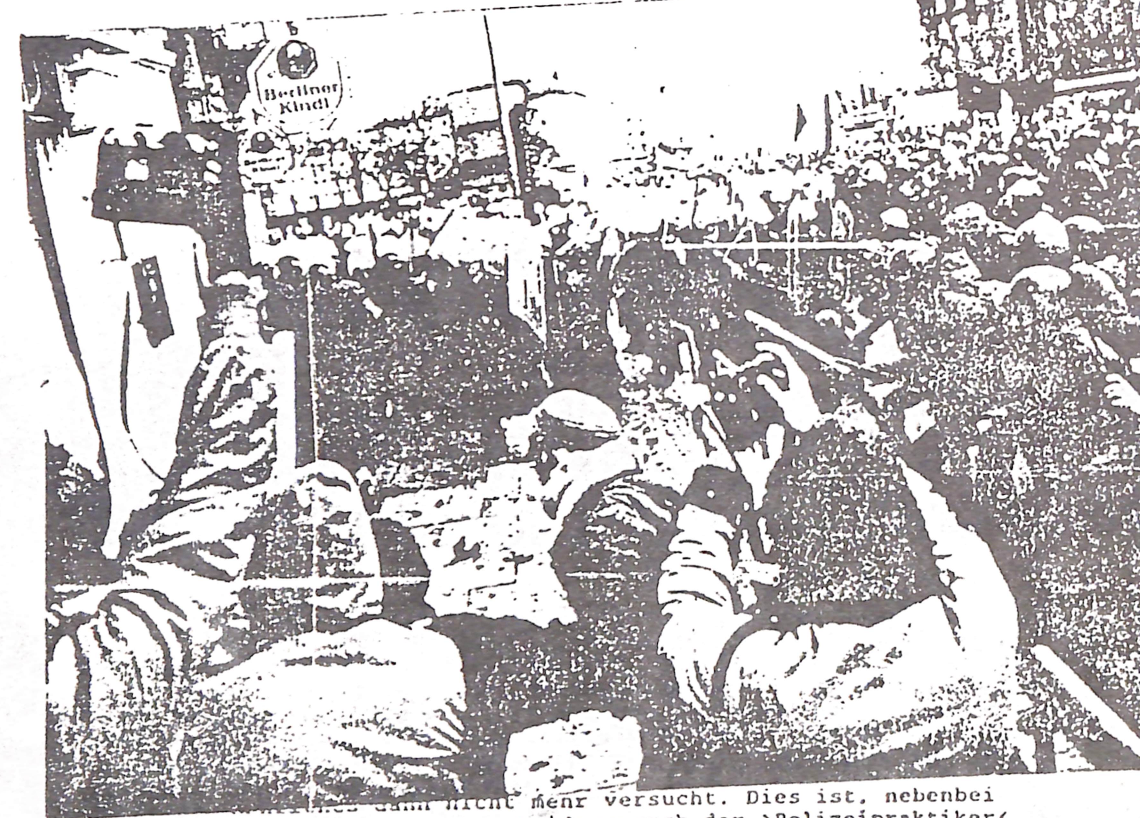
schrackt eben doch ab. Die meisten Menschen, die zu unseren Demos kommen, sind nicht in politische Strukturen eingebunden und nehmen auch an den Diskussionen nicht teil. Sie kämpfen aus ihrem Haß auf das System, nicht aber aus einer revolutionären Perspektive heraus. Die Kriterien, nach denen sie sich mobilisieren lassen, sind eher von diffusen und unberechenbaren Gefühlen bestimmt als von rationalen Überlegungen oder den Diskussionen der Szene. Ohne diese Menschen sind wir aber nicht genug für eine offene Konfrontation. Für uns folgt daraus zweierlei: einmal natürlich das wir diese Menschen - die ja ein revolutionäres Potential bilden - erreichen müssen. Damit sind wir beim Thema Organisation und Agitation. Wir kommen später wieder darauf zurück. Da die Organisierung aber Zeit braucht und wir in der Zwischenzeit nicht zu Hause bleiben wollen, müssen wir uns ein paar Überlegungen machen, wie wir mit den vorhandenen Kräften arbeiten können.

Wie erwähnt sind dem Vorgehen der Bullen politische Grenzen gesetzt. Sie können zum Beispiel nicht einfach in eine Demo reinballern. Auch Massenfestnahmen wie beim >Hamburger Kessel< sind politisch umstritten und können nicht beliebig angewandt werden. Konkret: wenn sich eine Demo von mehr als 5000 durch die Stadt bewegt und sie politisch geschlossen genug ist um sich nicht beim ersten Angriff der Bullen sofort aufzulösen, dann ist es für die Bullen kaum möglich, sie auseinanderzutreiben. Mit ihrer militärischen Überlegenheit könnten die Bullen sie zwar aufspalten, hätten dann aber zwei Demos mit 2500 oder fünf mit

1000 aufgebrachten Teilnehmern. Damit haben sie nichts gewonnen, im Gegenteil, und das wissen sie auch. Sie konzentrieren sich meist auf Schadensbegrenzung und warten, bis die Demo sich von selbst auflöst. So war das beispielsweise bei der Brokdorf-Demo am 3.2.81. Die lief mit 20000 Menschen auf verbotener Route, das Atlantic-Hotel wurde so weit wie möglich entglast und >1000 Töpfe< geplündert. Trotzdem griffen die Bullen nicht frontal an sondern versuchten nur, die Demo von der Mönckebergstraße fernzuhalten.

Noch ein Jahr zuvor, beim Strauß-Besuch 1980 in Hamburg, hatten die Bullen die Demo aufgespalten. Die Folge war, daß sie auf mehreren Seiten der Absperrung angegriffen und in weitem Umkreis Barrikaden gebaut wurden. Die Bullen waren daraufhin ziemlich desorientiert und reagierten mit Brutalität. Dabei wurde Olaf Olaf Ritzmann vor sie S-Bahn getrieben, er starb einige Tage später.

Der letzte, der versucht hat eine Demo von dieser Größenordnung aufzuspalten war Pawelczyk. Sein militaristischer Dickschädel hatte wohl bei einigen Einsatzbesprechungen auf Durchzug geschaltet. Das Ergebnis des 20.12. war dann ja bekanntlich kein Ruhmesblatt für die Bullen. Bei den folgenden Hafenstraßen-Demos



... dann nicht mehr versucht. Dies ist, nebenbei bemerkt , ja auch der Hauptwiderspruch der >Polizeipraktiker< gegen das Vermummungsverbot. Sie wissen ganz genau, daß sie in bestimmten Situationen ein gewaltiges Chaos anrichten werden wenn sie jeden Vermummten angreifen müssen.

Wenn also zu erwarten ist, daß an einer Demo mehr als einige tausend Menschen teilnehmen werden, dann ist es durchaus sinnvoll, sich den eigenen Absichten entsprechend auszurüsten und einen festen Block zu bilden. Ein solcher Block ist dann in der Lage, den Bullen etwas entgegenzusetzen. Er kann auch die anderen Demoteilnehmer schützen.
Es ist hoffentlich klar, daß es uns hier nur um die taktische Seite geht. Inwieweit ein militantes Vorgehen politisch sinnvoll ist, ist dann immer noch eine andere Frage.

Bei kleinen Demos dagegen ist es für die Bullen eher sinnvoll, eine Formierung gar nicht erste zustande kommen zu lassen. Wenn die Demo angemeldet oder angekündigt ist, dann sind die Bullen vorbereitet und uns militärisch und inzwischen meist auch zahlenmäßig überlegen. Die offene Konfrontation ergibt da wenig Sinn für uns. Wenn wir also, wie zum 29.2. geschehen, öffentlich ankündigen daß wir uns in der Wohlwillstraße mit Ausrüstung sammeln, sollte es uns wenig wundern das die Bullen es uns gleichtun. In der bei solchen Gelegenheiten folgenden Auseinandersetzung haben wir dann keine Chance, zumal die tatsächliche Entschlossenheit fast immer hinter den vorher geklopften Sprüchen zurückbleibt. Was dann am 29.2. geklappt hat, war die spontane Formierung von Demozügen mit einigen hundert Leuten. Die mußten sich wegen der massiven Oberlegenheit der Bullen zwar ein paar mal auflösen, fanden sich aber immer wieder



zusammen. Nun ist es gefühlsmäßig sicher recht unbefriedigend, immer nur vor den Bullen wegzulaufen. In manchen Situationen ist es aber dennoch die einzige Möglichkeit, überhaupt etwas außer einer Platzwunde zu erreichen. Es hat sich bei solchen Gelegenheiten auch immer wieder gezeigt, daß dem Vorgehen der Bullen gegen solche Demos politische Grenzen gesetzt sind. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: als der Demozug am 29.2. eingekesselt wurde, wurden nicht etwa alle festgenommen, sondern der Kessel wurde nach 20 Minuten wieder aufgehoben. Die Demo konnte sich neu formieren. Der schwerfällige Apparat tut sich darüber hinaus ungeheuer schwer, mit kleinen, beweglichen Demozügen fertig zu werden. Der Funkverkehr der Bullen zeigt, daß dort das Chaos herrscht. Angriffe auf die Bullen, wenn die Situation günstig ist, können natürlich auch laufen. Die Erfahrung zeigt jedenfalls, daß so ein Vorgehen die einzige Möglichkeit ist wie verschiedene Gruppen und die Masse der Unorganisierten zusammen etwas auf die Reihe kriegen können. Und es hat sich auch gezeigt, daß viele sich an solchen Demos

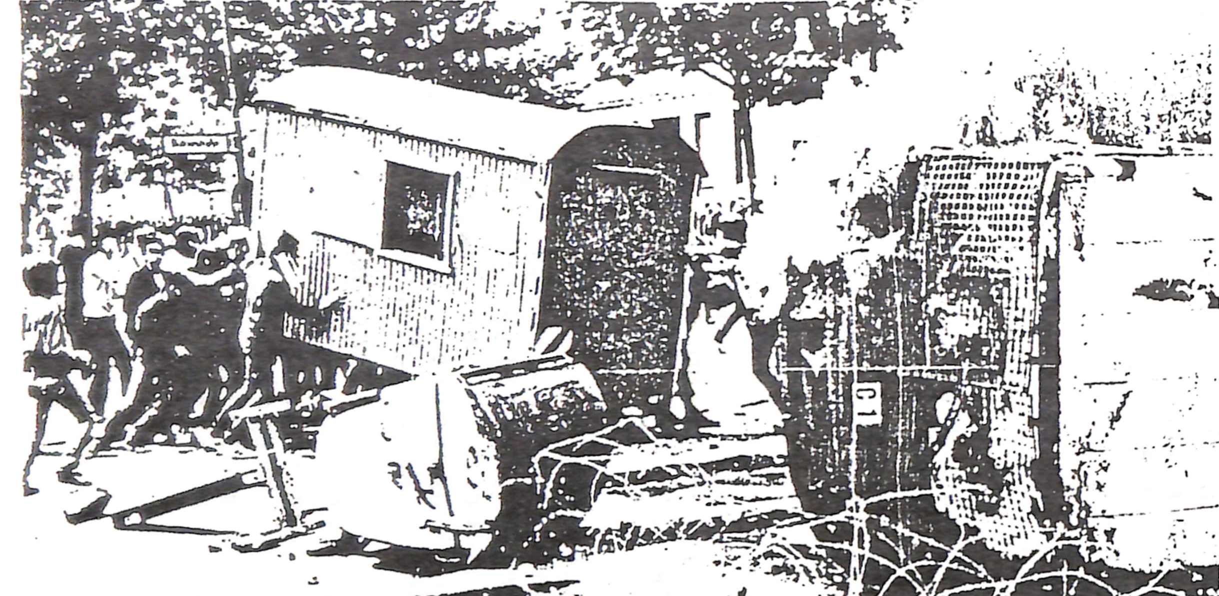
beteiligen.

Die Aufforderung dagegen, den Abend nach dem Motto ›ihr habt die Macht, aber wir haben die Nacht‹ zu nutzen, ist absolut überflüssig. Diejenigen nämlich, die zu sowas in der Lage sind und es wollen, brauchen die Aufforderung nicht. Und die anderen gehen ohnehin nach Hause, egal wie oft sie aufgefordert werden, das nicht zu tun. Jegliches Gejammer darüber, daß ›die anderen‹ es nicht ernstmeinen, geht an den politischen Realitäten vorbei - auch wenn es aus persönlichem Frust verständlich ist. Die Zufälligkeit und Beliebigkeit der Nacht-und-Nebel-Aktionen ist nichts weiter als der logische Ausdruck der Zersplitterung und Perspektivlosigkeit der Szene. Somit läßt sich das Problem auch nicht mit Appellen in der Art ›ihr müßt euch mehr anstrengen‹ lösen. Wer nach einer zerschlagenen Demo am Küchentisch sitzt, fur den/die spielt eben nicht nur die Wut eine Rolle, sondern ebenso die Angst und der oft berechtigte Zweifel daran, ob die geplante Aktion überhaupt was bringt. Es hängt dann von Stand in den jeweiligen Gruppen und auch noch von allerlei Zufällen ab, was in so einer Nacht läuft.

Eine weitere Möglichkeit steht uns natürlich offen: die überraschende, nicht öffentlich angekündigte Demo. Da liegen große Chancen drin, sowohl was die Propaganda als auch was die direkte Aktion betrifft. Bei den bestehenden Strukturen der Szene ist es mit dem ›nicht-öffentlich‹ aber so eine Sache. Oft kriegen die Bullen doch was mit. Auch hier gilt deshalb: Organisierung ist die Vorraussetzung, sowas als wirksame Aktionsform einzusetzen.



Es geht uns schon lange auf den Geist, daß nach jeder erfolgreichen militanten Demo die Szene sich für stark genug hält die Bullen zu besiegen, während nach jeder zerschlagenen Demo ein monatelanges Wehklagen ausbricht und sich ein halbes Jahr lang niemand mehr auf die Straße traut. Wir können uns natürlich weiter auf die Dummheit der Bullen verlassen, die uns über kurz oder lang schon wieder den nächsten Erfolg ermöglichen wird. Wir



können auch darauf warten, daß das nächste AKW platzt und uns wieder zu einem Bewegungshoch verhilft. Wir sind allerdings der Ansicht, daß es durchaus möglich ist, eine starke Bewegung auf der Straße aufzubauen - auch in einer nichtrevolutionären Situation. Aber wir müssen dann einige politische Kriterien beachten, und die Szene muß sich von einigen liebgewordenen Gewohnheiten trennen. Um diese Kriterien aus unserer Sicht noch einmal zusammenzufassen:

--Eine dauerhafte und feste Organisation ist die Vorraussetzung für eine dauerhafte, von der Konjunktur der Bewegung unabhängige Gegenmacht auf der Straße.
--Da die Bullen uns militärisch immer überlegen, ihrem Vorgehen gegen uns aber politische Grenzen gesetzt sind, muß die Konfrontation bei unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnissen auch unterschiedlich geführt werden.
--Es ist nur für große Demos sinnvoll, sich für eine offene Konfrontation mit den Bullen auszurüsten.
--Für alle Demos, deren Zerschlagung wir nicht verhindern können, ist eine Taktik der kleinen, beweglichen Demozüge angesagt, die die Schwächen des Apparats (Schwerfälligkeit und mangelnder Durchblick) ausnützt.

Nun halten wir uns keineswegs für besonders genial, daß wir das herausgefunden haben. Es wundert und ärgert uns im Gegenteil, daß immer wieder die gleichen Fehler gemacht werden. Zum Teil liegt das sicher am ungenügenden Organisationsgrad der Szene. Zwei andere Punkte, auf die wir hier noch kurz eingehen wollen, spielen aber auch eine Rolle.

Einmal ist da die Sturmhaube: sie ist das Symbol und Erkennungszeichen der Szene. Für viele ist sie sogar zu einem Stück Identität geworden. Bisweilen führt das zu absurden Szenen: Während der Barrikadentage an der Hafenstraße sind einige selbst zum Brötchenholen nur mit Sturmhaube gegangen. Für viele ist die Vermummung Ersatz für die politische Identität geworden. Nun geben 1000 Behelmte auf einer Demo sicher ein imposantes Bild ab. Letztlich kommt es aber doch auf die Köpfe an, die unter den Helmen stecken. Und wir meinen, daß die äußere Einheitlichkeit eine innere Einheit vortäuscht (vortäuschen soll ?), die gar nicht vorhanden ist. Und gerade deshalb werden diese Äußerlichkeiten zu wichtig genommen.

Auch der zweite Punkt hängt mit der Vermummung zusammen. Er betrifft unser Verhältnis zum Risiko. Die Szene zeichnet sich dadurch aus, daß sie bei ihren Aktionen oft große persönliche Risiken eingeht - und das ist gut so. Gleichzeitig gibt es aber bei jeder/m von uns einen Widerspruch zwischen theoretischem Anspruch und politischer Praxis. Das ist auch kein Wunder, dieser Widerspruch kennzeichnet jede revolutionäre Bewegung. Es gilt, damit vernünftig umzugehen. Was nun die Vermummung betrifft, so soll sie das Risiko mindern, uns also vor Bullenprügeln und Identifizierung schützen. Dieses Recht uns vor Bullenangriffen, geheimdienstlicher Schnüffelei und Kriminalisierung zu schützen müssen wir politisch und auf der Straße verteidigen.Es gibt aber Situationen, wo beispielsweise ein Helm mehr gefährdet als nützt. Wir halten es für notwendig, mit dem Problem der Vermummung taktisch umzugehen, also von Fall zu Fall nach politischen Kriterien zu entscheiden, was sinnvoll ist. Die Vermummung muß den Charakter der Selbstdarstellung verlieren. Das gilt, nebenbei bemerkt, auch für die Kleidung bei Demos. Es ist bei manchen Gelegenheiten einfach angesagt, unauffällig gekleidet zu erscheinen. Leider gibt es eine ganze Reihe von Leuten, denen das offensichtlich nicht möglich ist - unserer Ansicht nach weil ihnen die Selbstdarstellung ihrer unangepaßten Persönlichkeit wichtiger ist als das politische Ziel.

Im Oberwachungsstaat BRD gibt es kaum politisch Aktive, die Polizei und Geheimdiensten unbekannt sind. Für uns folgt daraus, daß es nicht notwendig ist sich bei allen politischen Aktivitäten zu verstecken. Es kann politische Ziele geben, die wichtiger sind. Beispielsweise eine Demo zu formieren. Hinterher können wir uns dann immer noch die Hauben überziehen.

Wir haben uns hier lang und breit mit der Frage der Gegenmacht auf der Straße beschäftigt, weil wir das Thema für wichtig halten und auch weil wir selber auf diesem Gebiet ausgiebig tätig waren. Wir haben zu Anfang betont, daß die Frage der Gegenmacht in erster Linie eine politische Frage ist, genauer gesagt eine Frage der Organisierung. Das haben wir nicht vergessen, wir kommen darauf aber erst im übernächsten Abschnitt zurück. Zunächst soll es um den proletarischen Internationalismus gehen.

AUFRUF ZU EINER VERANSTALTUNG ZU DEM ANSTEHENDEN PROZESS GEGEN ZWEI LEUTE AUS MÜNCHEN WEGEN § 129 a WEGEN DER VERANSTALTUNG "ZUR SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD" IM NOV! 86

am 8.november beginnt in münchen der prozess gegen wolli und janin vor dem 3.strafsenat des bayerischen obersten landesgericht wegen der veranstaltung "zur situation der politischen gefangenen in der BRD", die am 4.11.86 in münchen verboten und durch ein massives polizeiaufgebot gestürmt und verhindert wurde.

die anklage lautet auf § 129 a "unterstützung einer terroristischen vereinigung". der konkrete tatvorwurf bezieht sich auf die raumanmietung für die veranstaltung in der gaststätte "zunfthaus" bzw. auf das aufhängen eines transparents, auf dem die freilassung von günther sonnenberg und die zusammenlegung der gefangenen aus der raf und aus dem widerstand gefordert wird.

ziel und inhalt dieses verfahrens ist die juristische absegnung der kriminalisierung von öffentlichkeitsarbeit, von authentischer information und der diskussion zu den isolationshaftbedingungen der politischen gefangenen.
die zerschlagung von veranstaltungen soll somit noch einmal juristisch legitimiert werden und die leute, die dies zu ihrer sache gemacht haben, mit dem § 129 a "unterstützung der raf" kriminalisiert und verurteilt werden.

noch einmal kurz zum hintergrund:

am 4.11.86 wurde die veranstaltung "zur situation der politischen gefangenen in der BRD", auf der auch ein rechtsanwalt und angehörige eingeladen waren und die über die haftbedingungen und über die laufenden prozesse informieren wollten, von einem großaufgebot von 500 bullen (sek, bgs, bka und lka) zerschlagen und eine kontrollstelle nach § 111 eingerichtet.
erst als der raum von der polizei besetzt war, wurde das verbot bekanntgegeben. das verbot wurde auf höchster politischer ebene und von allen seiten abgesegnet; rebmann leitete schon am tag zuvor ein ermittlungsverfahren nach § 129 a "unterstützung der raf" ein mit der begründung, daß "die veranstaltung im rahmen der gesamt-offensive der raf geplant und organisiert worden sei" und dazu dienen sollte, "für die raf zu werben und unterstützer zu rekrutieren".
der grund, warum das verbot nicht schon vorher bekanntgegeben worden ist:"es geht um den teilnehmerkreis" - so rebmann am 5.11. in einer stellungnahme.
alle teilnehmerinnen und teilnehmer, ca. 120 leute, die im veranstaltungsraum waren, wurden kontrolliert, die personalien festgestellt und durchsucht; die wohnung der frau, die den raum anmietete wurde paralell dazu von lka-beamten durchsucht.

mit der 50-seiten umfassenden anklageschrift und dem auf 13 verhandlungstage angesetzten prozess soll nun festgeschrieben werden, daß eine veranstaltung zu den forderungen der politischen gefangenen und ihren haftbedingungen "unterstützung der raf" sei, weil die forderung nach zusammenlegung seit dem letzten hungerstreik 84/85 eine "hauptforderung der raf sei" (zitat aus der anklageschrift).

dieser vorstoß reiht sich ein in die erklärte strategie und praxis der bundesanwaltschaft, die auseinandersetzung mit politischen gefangenen, mit sog. "anschlagsrelevanten themen", über revolutionären kampf und widerstandsperspektiven zur "unterstützung" oder "mitgliedschaft" (in) einer "terroristischen vereinigung" (raf, rz,...) zu erklären und leute aus dem widerstand darüber kriminalisieren und verurteilen zu können.

die politische identität jeder/s einzelnen wird somit zum indiz für "mitgliedschaft, unterstützung und werbung für eine bzw. in einer terroristischen vereinigung".

die zerschlagung der veranstaltung im "zunfthaus" war auftakt einer ganzen reihe von veranstaltungsverboten in münchen und bayern in den letzten zwei jahren.
somit hat der prozess pilotfunktion in der vorgehensweise und linie der bayerischen staatsregierung, des innenministeriums, des staatsschutzes und der polizei, politische veranstaltungen der radikalen linken hier zu verunmöglichen.

WIR WOLLEN ZU DEM PROZESS NUN EINE VERANSTALTUNG MACHEN,

die veranstaltung wird von zwei faktoren bestimmt:

1. das interesse des staats, die diskussion um die gefangenen und die zusammenlegungsforderung durch stillschweigende kriminalisierung zu unterdrücken kann nur durchbrochen werden, indem wir dazu eine breite öffentlichkeit schaffen.
2. erachten wir es für notwendig, die auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen strömungen der knastkämpfe zu beginnen, um langfristig eine einheitliche perspektive zu entwickeln.

zu dieser veranstaltung wollen wir folgende referenten einladen:

- rechtsanwalt PIETER BAKKER-SCHUT (rechtsanwalt aus den niederlanden, der seit 13 jahren politische gefangene verteidigt; herausgeber der bücher "stammheim" und "das info")
- rechtsanwalt MICHAEL MOOS aus freiburg (verteidiger in dem prozess)
- ANGEHÖRIGE von politischen gefangenen in der BRD
- die betroffenen des §129 a prozesses in münchen

die mobilisierung für diese veranstaltung wollen wir bundesweit angehen. für die durchsetzung dieser veranstaltung wollen wir einen bundesweiten unterstützerkreis zusammenkriegen, um gemeinsam realen politischen und praktischen druck in der ganzen republik erzeugen zu können.

darunter stellen wir uns vor:

1. unterstützung durch solidaritätserklärungen, unterschriften ect, mit denen wir öffentlich arbeiten können (zb. auf plakaten, in readern, auf pressekonferenzen)
2. mit spenden
3. wollen wir zur veranstaltung bzw. zum prozeß kontinuierlich aktuelle informationen weiterbringen, die in den städten weit verbreitet werden sollen
4. daß ihr euch überlegt, wie ihr euch sonst noch zum prozess verhalten wollt und könnt!

die veranstaltung soll im zeitraum vom prozessbeginn laufen.
wenn ihr diese veranstaltung mit eurem namen unterstützen wollt oder sonstwie euch solidarisch zu verhalten wollt, schickt eure nachricht bis spätestens 18.1o. an folgende adresse:

PRESSEGRUPPE
c/o Mailaden
Maistr. 29
8000 München 2

die prozesstermine sind am: 8.11.,9.11.,10.11.,(11.11.),14.11.,15.11., 17.11.,(18.11.),22.11.,23.11.,24.11.,(25.11.), jeweils um 9.15 uhr vor dem OLG, schleißheimerstr. 139, zimmer 128/I in münchen
(die in klammern angegebenen termine sind vorläufige verhandlungstermine)

VOLKSSPORT

Wir haben in der Nacht vom 19. zum
20. Oktober einen Wagen des Siemens-
Wartungsdienstes in SO 36 flambiert.
Neben vielen weiteren Schweinereien
unterstützt der Konzern die Rassisten-
regimes in Namibia und Südafrika durch
die Förderung von Uranerz.
Kampf dem Rassismus und seinen Hand-
langern!
Es lebe der ANC!!

AP - Anarchistische Pyromanen

Wir wollen keine handschriftlichen Erklärungen mehr in unseren Briefkasten bekommen. Auch wenn ihr eure Handschrift verstellt (eckig, Blockschrift oder Kinderschrift) oder mit links schreibt, für die Bullen ist die Identifizierung nur erschwert, aber noch lange nicht unmöglich gemacht worden. Graphologen können nicht nur die "normale" Handschrift von euch wiedererkennen, sie suchen nach Merkmalen, die selbst in der möglichst gut verstellten Handschrift noch vorkommen und die ihr selbst gar nicht bemerkt.

Also: möglichst Schreibmaschine oder Schablonen im Einwegsystem (Geld darf keine Rolle spielen). Schreibmaschinenschrift, die übermalt wird, halten wir nicht für sicher genug, wenn die Maschine noch bei euch zuhause oder bei FreundInnen rumsteht. Die Bullen haben modernere Methoden als nur den bloßen Vergleich per Augenschein.



OB REISE-, ODER BÜRO, DRUCKEREI; FABRIK ODER KRANKENHAUS,
WIR FRAUEN SIND ÜBERALL OBJEKTE IHRER BEGIERDE.
OB PORNOPLAKATE, FRAUENFEINDLICHE WITZE,
GRABSCHEN ODER DIREKTE AUFFORDERUNG AUF'S BETT;
MANN HANDELT MIT UNSEREM FRAUSEIN. › SCHLUSS DAMIT !!

WIR WOLLEN UNS ENDLICH ZUR WEHR SETZEN GEGEN SOLCHE ERNIEDRIGUNG:

ARBEITSBEDINGUNG IM REISEBÜRO SONNENALLEE 99 BEI HERRN DERAY
DREIMAL IN DER WOCHE VÖGELN VERBUNDEN MIT ÜBELSTER SEXISTISCHER ANMACHE,
VERANLASSTE UNS DAZU IHM EINEN BESUCH ABZUSTATTEN
WIR SCHLEUDERTEN IHM UNSERE WUT INS GESICHT
UND SEINEN BÜROKRAM AUF DEN SCHOß
UM DEM GANZEN NACHDRUCK ZU VERLEIHEN,
BEKAM ER NOCH EIN PAAR BRIEFE UND ANRUFE VON UNS

HEUTE IST NICHT ALLE TAGE,

WIR MACHEN WEITER, KEINE FRAGE

PAULA PANTHER

Wir haben in der Nacht vom 19.10. zum 20.10.88 die Garage von Bullenpräsident Schertz mit einem Brandsatz angezündet.
Wir haben ihn gezielt in seinem Privatbereich angegriffen um zu demonstrieren, daß sich die Bullen auch im Privatbereich nicht sicher fühlen können.

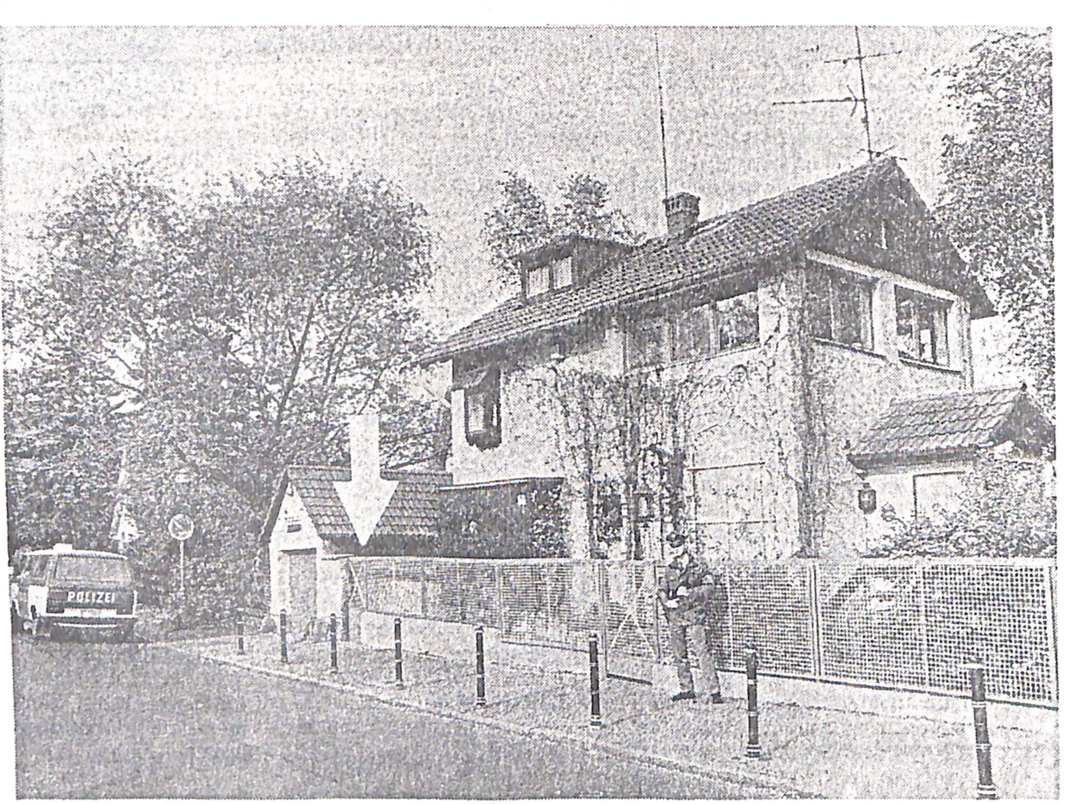
Selbst wenn sie, so wie Schertz, privilegiert auf Schwanenwerder wohnen (wo übrigens schon Nazi-Größen wie z.B. Göring ihren Besitz hatten), und sich Panzerglas und Videoüberwachung leisten.

"Es gibt keinen ruhigen Feierabend im Klassenkampf!!!"

Die Aktion war für uns keine Reaktion auf aktuelle Schweinereien, sondern grundsätzlich auf (ein kleines Stück) Verunsicherung im Bullenapparat gerichtet.

Außerdem wollten wir all denen, die sich täglich der Repression der Bullen ausgesetzt sehen, Mut machen, sich zu organisieren und zu wehren.

AKK
Antikapitalistisches Kommando



Tatort Schwanenwerder. „Autonome Kreise" vermutet die Polizei hinter dem Brandanschlag, der in der Nacht zu gestern auf das Wohnhaus von Polizeipräsident Georg Schertz verübt worden ist. Der auf dem Dach eines Schuppens direkt neben dem Wohnhaus von Schertz abgelegte Brandsatz wurde durch die Detonation auf die Erde geschleudert. Dort löschten alarmierte Polizeibeamte die Flammen. Foto: stark-otto



KAPITALSTRATEGIEN & KLASSENKÄMPFE

KLASSENKAMPF IN LATEINAMERIKA

CHILE

Pinochet, das chilenische Oberschwein, will nicht freiwillig abtreten sondern klammert sich an die selbsteingesetzte Verfassung, derzufolge er auf jeden Fall bis Anfang 1990 im Amt bleibt. Aber der Widerstand gegen ihn wächst.

Am vergangenen Freitag explodierte ein Sprengsatz in einem Abfallbehälter nur zwei Häuserblocks vom Regierungspalast in Santiago de Chile entfernt.

Bewaffnete Unbekannte überfielen am Samstag einen chilenischen Grenzposten an der Grenze zu Argentinien. Ein Grenzer wurde dabei getötet, ein anderer Mensch verletzt. Der Grenzposten wurde bei dem Anschlag in Brand gesteckt und vollständig zerstört.
Einige Stunden vorher hatten Unbekannte einen Grenzposten an einer anderen Stelle des Landes mit Raketenwerfern angegriffen.

In Santiago räumte die paramilitärische Polizei am gleichen Wochenende ein von 40 Familien besetztes brachliegendes Gelände. Die Polizei riß die Hütten und Einrichtungen auf dem Gelände nieder. Die Familien erklärten dazu, die insgesamt etwa 180 Personen hätten sich angesichts der krassen Wohnungsnot dazu entschlossen, das leerstehende Gelände zu nutzen.

PERU

In Peru ist eine Gruppe junger MitgliederInnen der sozialdemokratischen Regierungspartei (APRA) in den Untergrund gegangen. In einer ERklärung bekannten sie sich zu einem Bombenanschlag auf das Haus des Generalsekretärs der Partei für den Bezirk Ayacucho. Die "Authentischen Revolutionäre der APRA" begründeten den Anschlag mit dem Verrat des Parteiprogramms durch Reghierung und Parteiführung.

Der peruanische Guerillaführer Ossman Morote hat nach seiner Verurteilung zu 15 Jahren Haft seinerseits die Richter zum Tode verurteilt. "Bevor ich meine Strafe abgesessen habe, sitzen Sie nicht mehr auf Ihren Sesseln sondern wird das Volk Sie gerichtet haben".
In erster Instanz war Morote am 20. Juli freigesprochen worden. Daraufhin hatte eine rechtsradikale Todesschwadron seinen Anwalt, Manuel Febres, ermordet. Der Oberste Gerichtshof Perus hob vor anderthalb Wochen den Freispruch auf.

Rebellen der Bewegung "Tupac Amaru" (MRTA) ließen am Montag den pensionierten Luftwaffengeneral Garcia nach drei Monaten wieder frei, nachdem ihre Forderungen erfüllt worden waren: im Fernsehen wurde eine Erklärung der MRTA verlesen. Die Frau des Ex-Generals uns seine sechs Kinder hatten vor zwei Wochen, einer Anordnung der MRTA entsprechend, Lebens mittel und Kleider in einem Slum von Lima verteilt.

URUGUAY

Die Gegner der Amnestie für die Verbrechen der Militärdiktatur vermuten, daß die Regierung ein gegen die Amnestie gerichtetes Referendum mit schutzigen Tricks zu Fall bringen will. Sie manipuliert anscheinend an dem Verfahren herum, mit dem gegenwärtig von einem Wahlausschuß die Gültigkeit der 630.000 Unterschriften unter das Referendum geprüft werden. Was da genau gelaufen ist, kapier ich selbst nicht so richtig.

KUBA

In einer spektakulären Großaktion gegen Spekulanten mit Grundbedarfsgütern hat die kubanische Polizei in der vergangenen Woche 269 Personen festgenommen. Zehn von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die anderen erhielten Verwarnungen und Bußgelder.
Die Gefängnisstrafen wurden für den Verkauf von Plätzen in Warteschlangen vor Geschäften und den Aufkauf von großen Mengen von Nahrungsmitteln zum Weiterverkauf auf dem Schwarzmarkt verhängt.

EL SALVADOR

Der Guerilla in El Salvador ist in der vergangenen Woche ein entscheidender Schlag gegen die Wirtschaft des Landes gelungen. Im Ostbezirk Usulutan vernichtete sie am Mittwoch drei bedeutende Kaffeeplantagen, darunter die größte in ganz Mittelamerika. Bei dem Angriff auf die Ortschaft Santiago de Maria wurden zwei Regierungsbeamte getötet und neun verletzt. Sie brannten auch das Gefängnis nieder und ließen 52 Häftlinge frei.

Bei einem Krisentreffen der Plantagenbesitzer beschwor sie der militärische Befehlshaber der Reion, sich dem Druck der Rebellen nicht zu beugen und keine Revolutionssteuer zu bezahlen.

In San Salvador meldete sich unterdessen eine bisher nicht bekannte Guerillagruppe zu Wort. Die "Stadtkommandos Manuel Jose Arce" bekannten sich zu zwei Bombenanschlägen auf einen Schnellimbiß und ein Ladenzentrum in einem Nobelviertel der Hauptstadt. Die neue Gruppe erklärte die exclusiven Wohngebiete zur Kriegszone und kündigte weitere Attentate auf hohe Offiziere, Regierungbeamte sowie US-Berater an.

Bei einer Kurzvisite in der peruanischen Hauptstadt Lima äußerte Guerilla-Kommadant Villalobos die Erwartung, daß das durch die Krebserkrankung von Präsident Duarte bedingte "Machtvakuum" in Kürze zu einer neuen "sozialen Explosion" führen werde. Die FMLN werde sich dann "an die Spitze des Vokes" setzen.

BRASILIEN

Brasilien will den Golfstaaten Waffen verscherbeln. Zu dem Zweck wurde eine Handelsdelegation auf den Weg geschickt. Die brasilianischen Waffenkonzerne leiden unter einer Absatzflaute.

Brasilianische Bullen schlugen "aus Versehen" den Ex-Diktator von Surinam und seine Begleiter auf der Straße zusammen. Begründung: Die Polizisten hätten eine Gruppe bewaffneter Männer gesehen und vermutet, sie wollten ein nahegelegenes Reisebüro überfallen. Zu dieser Vermutung sei es wohl hauptsächlich gekommen, weil die Verdächtigten schwarzer Hautfarbe seien, meinte ein Politiker aus Surinam dazu.

KOLUMBIEN

Der für Donnerstag ausgerufene Generalstreik in Kolumbien blieb offenbar ohne große Wirkung. Er sollte sich gegen die Verarmungspolitik der Regierung und ihre Unterstützung für die in Kolumbien operierenden Todesschwaderonen richten.

Angesichts diktatorischer Vorkehrungen durch die Regierung blieben ide Streikaufrufe jedenfalls noch in den Morgenstunden weitgehend unbefolgt.

Der Streik war mit zahlreichen Bombenanschlägen eingeleitet worden. Bei einem gemeinsamen Angriff der "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) und der maoistischen "Volkgsbefreiungsarmee" (EPL) auf eine Marinebasis in der nordwestlichen Bananenregion Uraba am Montag starben nach Militärangaben 17 Rebellen und zwei Soldaten.

Am Dienstag starben bei einem Guerillaangriff nahe der Ortschaft Peque in den Anden 9 Polizisten und vier Wahlbeamte, die offenbar in einem Bus zu den Gemeindewahlen des Ortes unterwegs waren. Die Guerillas hätten in der Straße vergrabenes Dynamit gezündet, als der Bus vorbeigefahren sei, hieß es.

Unterdessen schlugen die wichtigsten Guerillagruppen des Landes ein Treffen mit einer Minister-Kommission vor, um den von Präsident Barco im September vorgelegten Friedensplan zu besprechen. Der Vorschlag kommt von dem Guerillazusammenschluß "Nationale Koordination Simon Bolivar".

Die kolumbianische Rauschgiftmafia läßt ihre Killer von Ausbildern aus der BRD, den USA und Israel in Spezialschulen trainieren. Das geht aus einem Geheimbericht der kolumbianischen Sicherheitsp9olizei hervor. Die Ausbildungslager befänden sich am Mittellauf des Magdalenenflusses in zentralkolumbien, berichtete ein Abgeordneter. Die Killer, die zumeist aus armen Familien stammten, bezögen ein Monatsgehalt von umgerechnet 130 Dollar.

Die Regierung wehrte sich in derselben Parlamentsdebatte, daß sie nichts gegen die Todesschwadrone unternehme. Von den 137 Killertruppen habe sie im vergangenen Jahr ganze 17 "zerschlagen" können.

EURO-AKTIV

Soli-Demos in ganz Frankreich für die Krankenschwester und Pfleger

In Paris demonstrierten letzte Woche rund 13000 Menschen gegen die vom Gesundheitsminister Claude Evin vorgelegten Kompromißvorschläge .
Aufgerufen hatten die kommunistische Gewerkschaftund der gewerkschaftsübergreifende Koordinationsausschuß der Krankenschwestern,die beide die vorgelegten Papiere als unzureichend zurück wiesen.
Auch in anderen Städten Frankreichs wurde demonstriert: 3000 Menschen in Marseille,800 in Nizza,1500 in Montpellier,in Lille 2000,in Amiens 800,in Straßburg 600,in Lyon 1200,in Dijon,in Rennes ,Brest ,Rouen,in Le Havre sowie 2000 in Bordeaux.

Basken aktiv

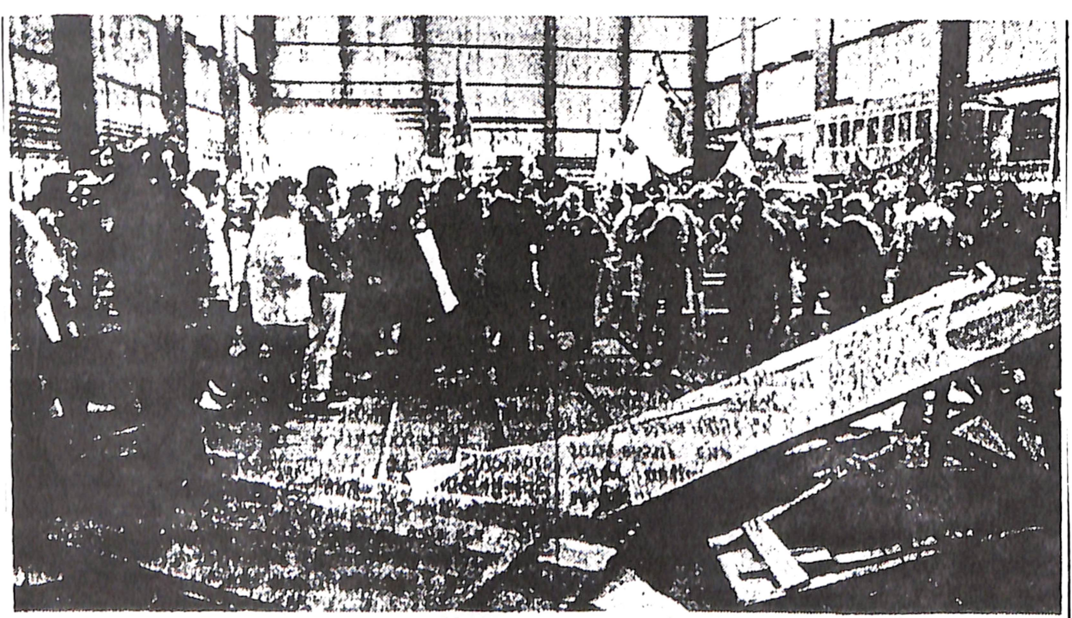
In Viktoria wurde eine ganzeAbteilung eines Kaufhauses durch einen Sprengsatz zerstört- niemand wurde verletzt.

Frankreich:Soli-Aktion von Bergleuten für Krankenschwestern

Mehrere hundert BergarbeiterInnen haben nach einer Demonstration in Freyming-Merlebach die Räume des örtlichen Finanzamts demoliert und in Brand gesteckt.Sie solidarisierten sich mit den streikenden Krankenschwesternund protestierten auch gegen die geringen Zugeständnisse ,die die Pariser Regierung den Streikenden gemacht hatte und forderten ebenfalls Lohnerhöhung.

Galicien

Galicische Aktivisten haben in La Coruna und anderen nordspanisc hen Orten insgesamt sieben Bombenanschläge verübt.Sie konnten zum Teil erheblichen Sachschaden verursachen,ohne Menschen zu verletzen.Drei der Sprengsätzezündeten in La Coruna gleichzeitig im Arbeitsamt,einer Bank und im Hauptbüro eines Elektrizitätswerks.



Die ehemalige Belegschaft der zur Versteigerung anstehenden Jansen-Werft in Leer hat gestern den Betrieb vorübergehend besetzt und die Versteigerung verhindert. Im Vordergrund die zerschlagene Auktionsbank.

Arbeiter verhinderten Versteigerung einer Werft

Werftarbeiter und Frauen haben gestern die geplante Versteigerung der Jansen-Werft in Leer verhindert. Nach den Schilderungen Beteiligter besetzten rund 500 Personen die Auktionshalle auf dem Werftgelände. Nachdem Stühle und das Podium umgestürzt worden waren, sagte der Konkursverwalter die Auktion ab. Zu der Versteigerung hatten sich nach Augenzeugenberichten rund 100 Interessenten eingefunden.

Die modern ausgestattete Werft war als größter Industriebetrieb der ostfriesischen Kreisstadt vor rund eineinhalb Jahren in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Konkursverfahren wurde eröffnet. Rund 420 Arbeitsplätze sind betroffen. Bemühungen die Werft mit öffentlichen Zuschüssen zu erhalten, blieben ebenso erfolglos wie der Versuch, die Anlagen komplett zu verkaufen.

Kundenkreditbanken

Die KKB baute ihr Zweigstellennetz weiter aus

Hohe Zuwachsraten in der Baufinanzierung und im Lebensversicherungsgeschäft

Eine lebhafte Geschäftsentwicklung mit einem kräftigen Zuwachs von Kundenverbindungen sowie eine weitere erfolgreiche Umsetzung ihres Unternehmenskonzeptes „Finanzdienstleistungen aus einer Hand" verzeichnete die KKB Bank AG, Düsseldorf, in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1988. Die Bilanzsumme stieg nach einer Mitteilung der Verwaltung um 4 Prozent auf 8,9 Mrd. DM. Die KKB hat ihr Zweigstellennetz weiter ausgebaut und ist jetzt 293mal in 191 Städten des Bundesgebietes vertreten. Ende 1987 waren es 281 Zweigstellen in 180 Städten.

Ihre Einlagen erhöhten die privaten Kunden bei der KKB in den ersten neun Monaten um 279 Mill. DM oder 4 Prozent auf 7,7 Mrd. DM. Das Kreditvolumen der KKB stieg um 287 Mill. DM oder 4 Prozent auf über 7 Mrd. DM. Im Baufinanzierungsgeschäft hat sich das kräftige Wachstum fortgesetzt mit einem Anstieg der Kontenzahl und des Volumens um jeweils 25 Prozent; das Baufinanzierungsvolumen stieg auf über 500 Mill. DM. Im Lebensversicherungsgeschäft, das für die KKB Leben vermittelt wird, stieg die gesamte Versicherungssumme aus Einzel-Lebensversicherungen sowie Kredit-Lebensversicherungen um 35 Prozent auf 7,4 Mrd. DM. Die Einzel-Lebensversicherungen, deren Summe um mehr als 50 Prozent zunahm, waren hieran mit 1,1 Mrd. DM beteiligt. Auch die Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften Gewerbekreditbank AG und SKB Spar- und Kreditbank in Wien war weiterhin positiv.

KKB KKB KKB KKB KKB KKB

Die KKb-Bank baut zudem ein Außendienstnetz auf. Bis Ende 1988 sollen rund 100 VertreterInnen den KundInnen Verträge aufschwatzen. Es wird ein Umsatz von 50 Mill. angestrebt. Die VertreterInnen arbeiten auf Provisionsbasis. Es werden gezielt Hausfrauen gesucht.

Ratenkredit-Banken mit flottem Neugeschäft

– Die deutschen Ratenkreditinstitute haben nach einem bereits guten Vorjahr ein „flottes" Neugeschäft im ersten Halbjahr 1988 verzeichnet. Die gewerbliche Kundschaft der Banken habe zu dem vor dem Börsen-Crash vor rund einem Jahr vorherrschenden Investitionsverhalten zurückgefunden und zu der kräftigen Belebung des Neugeschäfts maßgeblich beigetragen, stellte der Bankenfachverband Konsumenten- und Gewerbliche Spezialkredite fest. Das Neugeschäft mit der gewerblichen Kundschaft sei von Januar bis Juni zum Vorjahr um 11 Prozent auf 1,65 Milliarden DM gestiegen.

Das Kreditvolumen wuchs dabei um 11 Prozent auf 5,4 Milliarden DM. Von gewerblichen Kunden seien im Schnitt Kredite über 86 000 DM nach 79 000 DM im Vorjahr aufgenommen worden, hieß es. Einen Wachstumsschub habe auch das traditionelle Konsumentenkreditgeschäft der Institute gebracht, teilte der Verband weiter mit. Hier seien das Neugeschäft um 5 Prozent und das Kreditvolumen um 1 Prozent auf 4,4 Milliarden DM gestiegen. Verbraucher nahmen nach den Angaben im Durchschnitt Kredite von 4700 DM zur Finanzierung eines Pkw oder des Urlaubs auf.





Die Berliner Bank baut das Netz der Allbank aus

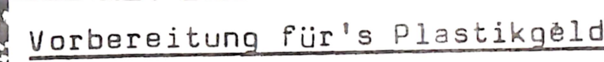
Ertragsschwelle soll 1989 erreicht werden – 40 neue Filialen geplant

). Die Berliner Bank AG, Berlin, baut ihre Aktivitäten im westdeutschen Privatkundenbereich aus, wie Vorstandssprecher Wolfgang Steinriede in München ankündigte. Das Netz des Tochterunternehmens Allbank Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover, soll von derzeit 68 Filialen um weitere 40 Filialen vor allem im süddeutschen und südwestdeutschen Raum aufgestockt werden. Die Allbank, die aus der Fusion von vier Teilzahlungsbanken hervorging, wurde von einer Teilzahlungsbank in eine Universalbank für Privatkunden erweitert. Das Allbank-Bilanzvolumen stieg 1987 von 1,46 Mrd. auf 1,74 Mrd. DM. Nach erheblichen Investitionen und einer Bereinigung des Kreditbestandes soll 1989 die Ertragsschwelle erreicht werden. 1987 verminderte sich der Allbank-Verlust von 13 auf 6 Mill. DM.

BANKEN

Bargeld geht, Plastikgeld kommt

Am 21. Oktober genehmigte das Bundeskartellamt einen Test des sogenannten "Point-of-Sale" Zahlungssystems (toll, ein neues Fremdwort, womit die GenossenInnen in der BRD beeindrücken können-- Abkürzung POS) ab November in Regensburg.
Mit POS brauchen Kunden in Einzelhandelgeschäften, die über eigene dafür ausgerüstete Kassen verfügen, ihre Plastikkarte und ihre Geheimzahl in einen Kartenleser einzugeben. Das System wurde schon in München und Berlin W. in bestimmten Bereichen (z.B. Tankstellen) ausprobiert. Billig ist das alles nicht. Elektronische Kassen kosten 5 000 DM. Außerdem muß der Einzelhändler für die Abwicklung einer elektronischen Zahlung 7 Pfennige plus 0,2% vom Umsatzbetrag sowie die Postgebühren für die Datenübermittlung. Diese werden den Kunden weitergegeben.Dazu kommt die Buchungsgebühr.
In der BRD sind allein 22 Millionen eurocheque-Karten, die im POS verwendet werden können, im Umlauf, die den Weg zu "Spontankäufe" öffnen sollen.



VISA baut aus

Die Kreditkartenorganisation VISA hat in der BRD 5 neue Banken als Mitgliedsinstitute gewonnen. Mit Aufnahme der Berliner Bank und der Sparkasse der Stadt Berlin (W.) hat VISA Berlin W. zur Burg des Kreditkartenwesens ausgebaut.
Allein die 2 obengenannte Institute mit 190 Filialen verfügen über die Hälfte des Berliner W. Privatkundengeschäfts.
Mit 78 000 Stellen, wo VISA als Zahlungsmittel akkzeptiert wird, und 285 000 ausgegebenen Plastikkarten meint VISA das Geschäft gehe erst los.

Vorbereitung für's Plastikgeld

Im Vorfeld einer Einführung des Point-of Sales Zahlungssystem haben BRD-Banken begonnen ihre Gebühren kräftig zu erhöhen.
Schon haben einige Benken die Pauschalgebühr fpr ihre private Kontenführung auf einen Schlag von 3 DM auf 5 DM pro Monat nahezu verdoppelt. Andere haben die 9 Freibuchungen pro Quartal aufgehoben und die Verre chnung von Buchungsposten auf Lohn- und Gehaltskonten mit jeweils 50 Pfennig eingeführt. Am wichtigsten in der neuen Strategie der Banken scheint eine erhörte Gebühr für jede Verbuchung.

W I D E R S T A N D IN DER D D R GEGEN I W F UND W E L T B A N K !!!!!!!

Folgendes Flugblatt wurde am 25.9. auf einem "Informations - Gottesdienst" in der Sophienkirche in Berlin - Hauptstadt der DDR verteilt. Der "Gottesdienst" sollte über den IWF und Weltbank informieren. Die christliche Sprache ist uns zwar ein wenig fremd, aber anders als als "Pilgermarsch" ist z.Z. immer noch nicht an eine Demo in der Hauptstadt der DDR zu denken.

Wer wird Euch und uns immer wieder verraten -

KAPITAL, PFAFFEN UND BÜROKRATEN

Vor 471 Jahren stand ein Mann namens Luther auf und protestierte gegen den Ablaßhandel des Mönches Tetzel. Seitdem nennt man/frau uns evangelische Christen auch Protestanten.

In diesem Gottesdienst wird nicht unser Herr Jesus Christus angebetet, sondern der Geist Tetzels feiert Wiederauferstahung.

In Westberlin treffen sich zur Zeit ca. 12.000 Bankiers, die Créme der Finanzwelt, 12.000 Schreibtischtäter, die verantwortlich dafür sind, daß jährlich Millionen Menschen verhungern, die Umweltzerstörungen riesige Ausmaße annehmen (allein in Brasilien werden jährlich ca. 200.000 km² Wald abgeholzt), die Schere zwischen arm und reich immer größer wird. Viele von ihnen haben ihr Quartier in den Hotels der Hauptstadt der DDR bezogen.

Christen und Nichtchristen wollten heute abend gemeinsam drei Gottesdienste feiern, um zu mahnen und zu protestieren gegen die Kräfte, die täglich Massenmord verüben und unsere Welt in die Barberei treiben. Zwischen den Gottesdiensten wollten wir durch einen Pilgermarsch unseren Protest in die Gesellschaft tragen. Der antikapitalistische, ach so sozialistische Staat hat unseren Pilgermarsch verboten.

Die ach so christliche, immer Nächstenliebe predigende evangelische Kirche hat uns Gemeindegliedern den Zutritt zu den Gotteshäusern verwehrt und den Pilgermarsch ebenfalls verboten.

Nach diesem Verbot wollten wir wenigstens <u>einen</u> Gottesdienst feiern und auf einem kirchlichen Gelände unsere Informationsstände aufbauen und Transparente anbringen. Auch das wurde abgelehnt. An einer <u>gemeinsamen</u> Vorbereitung des Gottesdienstes waren die Herren Pfaffen nicht interessiert. Lediglich ein paar Minuten wollten sie uns zugestehen.

Wir pfeifen auf dieses "Zugeständnis". Wieder einmal sind wir in einer gemeinsamen Aktion von Staat und Kirche entmündigt worden. Wir lassen uns nicht länger in die Nischen abdrängen, die Pfaffen und Bürokraten für uns noch übrig lassen.

Wir protestieren gegen diese Veranstaltung, die dazu dient, das schlechte Gewissen zu beruhigen und christlich zu vernebeln. Dies ist moderner Ablaßhandel. Die Kirchen werden zu Grabstätten des Evangeliums.

Kirche und Staat

- Hand in Hand -

verhindern Zukunft in diesem Land

+ +

RKC
Revolutionärer Kirchenchor

Church intim - wie immer

Anti-Nato-Tage Hamburg

Wegen der miesen Infolage zu den Anti-Nato-Tagen in HH haben wir diese Seite aus einem AK-Artikel und Passagen des Info Nr.2 zusammengestellt. Wer genaueres über die Diskussionen in HH weiß, kann es uns ja zukommen lassen.

Vom 13.-18. November findet in Hamburg eine Sitzungswoche der „Nordatlantischen Versammlung" (NAV) statt; Parlamentarier aus den NATO-Ländern werden dafür gemäß der Fraktionsstärke der politischen Parteien bestimmt. Die Parlamentarierversammlung hat für die NATO eindeutig propagandistische Funktion. International bekannte Politiker halten dort in der Regel „vielbeachtete" Reden. Diesmal ist der Nachrüstungserfinder Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt mit dem Hauptthema der NAV dran: „Gorbatschows Herausforderung für das Bündnis." (Freitag, 18.11. ab 9 Uhr im Hamburger Rathaus.)

Am 17.11. findet die „feierliche Eröffnung" mit Ansprachen von Kohl, Wörner und dem Hamburger Bürgermeister Voscherau statt. Erwartet werden auch Genscher und Galvin, der NATO-Oberbefehlshaber für Europa.

Demonstration am 17.11.

Am Tag der „feierlichen Eröffnung" der Nordatlantischen Versammlung, am Donnerstag den 17.11., soll eine große Demo auf die Beine gebracht werden. Die Vorbereitung läuft ebenfalls über ein breites Bündnis. Und auch hier gab es schon genügend Zoff. Denn für Jusos, Teile der SPD und DKP ist die NAV wieder einmal Anlaß für eine große Friedensbewegungsversammlung (so wie der Ostermarsch) unter Einschluß von Funktionsträgern der SPD;reden soll u.a. Traute Müller, Landesvorsitzende der Hamburger SPD. Taktische Vorteile, heißt es, würde uns diese Haltung bringen; dadurch würden wir auf den Rathausmarkt kommen, wo die Abschlußkundgebung stattfinden soll... Inzwischen heißt es sogar, daß die Demo gar nicht gegen die NATO-Parlamentarierversammlung gerichtet sei, sondern gegen den aktuellen Aufrüstungskurs der NATO.

Andere Kräfte im Bündnis, zu denen auch wir gehören, sehen in der NAV einen wichtigen Grund, um nach langer Zeit der Abstinenz einen massenhaften Protest zu organisieren und wenden sich gegen das Stattfinden der Tagung. Um der radikalen NATO-Kritik Ausdruck zu verleihen, soll innerhalb der Demo ein ANTI-NATO-BLOCK organisiert werden. Zur Zeit ist dieser Kreis noch recht klein. Da sitzen GAL, Frieko, KB, Graswurzelrevolution und LAK Frieden der Grünen Schleswig-Holstein beisammen. Dabei sind die Anti-NATO-Kräfte in Hamburg erfahrungsgemäß zahlenmäßig nicht gerade gering. Jedenfalls nicht so klein, daß die Demo am 17.11. den Charakter einer Friedensversammlung haben müßte.



Aktionsziele

Als Aktionsziel der Demonstration sollten wir nicht darauf verzichten, unser Recht durchzusetzen, in die Hamburger Innenstadt zu ziehen, auch wenn die nähere Umgebung des Rathauses im Rahmen der Bannmeile abgesperrt werden sollte. Es ist davon auszugehen, daß Hamburg während des NATO-Parlaments Aufmarschpunkt eines gigantischen Aufgebots von Polizei und BGS sein wird. Es gehört dann schon zum staatlichen Ritual, jeden Vorwand zu nutzen, eine Protestdemonstration wegen angeblich zu befürchtender „Gewalttaten" weitgehend zu verbieten.

Mit dieser Propaganda wird außerdem versucht, möglichst viele von einer Teilnahme abzuschrecken oder solche Bündnisse an der „Gewaltfrage" zu spalten. Dieser Einschüchterungspolitik kann dann erfolgreich begegnet werden, wenn sich die Träger der Demonstration auf Aktionsziele geeinigt haben, die sie gemeinsam vertreten können, und wenn sie nicht untereinander im Streit und Mißtrauen gegen vermutete Absichten anderer Demonstrationsgruppen verharren.

In solcher Situation braucht eine Demonstration gemeinsam diskutierte und vereinbarte Aktionsziele. Damit meinen wir aber nicht kleinliche Vorschriften und Intoleranz. So sind wir unbedingt der Meinung, daß auf für jeden verbindliche Kleiderordnungen verzichtet werden muß (z.B. Bedingung der Entmummung der Teilnehmer), daß niemand irgendwelche allgemeinen Bekenntnisse abzulegen hat (z.B. „die Friedensbewegung ist gewaltfrei"), wie es häufig in der Vergangenheit der Fall war.

Auf der anderen Seite kann eine solche große gemeinsame Aktion aller Oppositionskräfte gegen die NATO-Rüstung nur dann zustande kommen, wenn man sich darauf verständigt, im Mittelpunkt radikal seine Inhalte vorzutragen. Das Ziel einer gemeinsamen Großdemonstration in die Innenstadt sähen wir gefährdet, wenn der Versuch unternommen würde, eine solche Demonstration ohne Diskussion und durch nur kleine Teilnehmergruppen zum Ausgangspunkt direkter Aktionen und Konfrontationen mit dem Staatsapparat machen zu wollen.



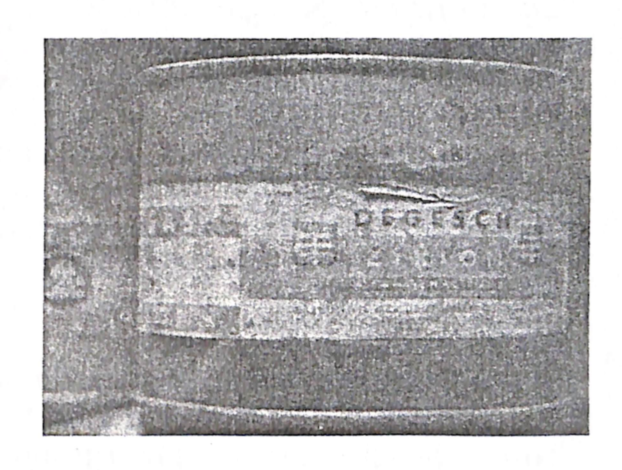
Dezentrale Aktivitäten

Anläßlich der NATO-Parlamentstagung sollten neben Gegenkongreß und Großdemonstration von vielen Gruppen eigene Veranstaltungen und direkte Aktionen oder Blockaden geplant und durchgeführt werden.

Unser Vorbereitungskreis will und kann hier nicht stellvertretend Vorschläge machen und will auch nicht den falschen Eindruck erwecken, als sei hier schon alles mögliche in Vorbereitung. Wir werden aber unsere Treffen und Infos dafür zur Verfügung stellen, solche Vorschläge zu diskutieren und bekannt zu machen.

Aufruf zur antifaschistischen Demonstration am 9. November 1988

Am 9. November dieses Jahres jährt sich zum 50. Mal die von den Nazis organisierte Reichspogromnacht gegen die jüdische Bevölkerung. In dieser Nacht wurden Synagogen und Geschäfte geplündert und in Brand gesteckt, jüdsche Menschen mißhandelt und ermordet. 30 000 wurden verhaftet und die KZs verschleppt. Die Bevölkerung hat größtenteils dazu geschwiegen. Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 war keineswegs ein spontaner Ausbruch deutscher Bevölkerungsschichten gegen ihre jüdischen Mitbürger, wie es von den Nazis dargestellt wurde. Die Pogromnacht war der Übergang von der Verfolgung zur systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerungen Europas, andere Bevölkerungsgruppen folgten.



Durch die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung war der von den Nazis planmäßig betriebene Massenmord möglich, aber gerade über die Hauptverantwortlichen wird ein Mantel des Schweigens ausgebreitet. Als besonders krasses, aber durchaus typisches Beispiel greifen wir die Firma DEGESCH heraus - bzw. die DEGESCH-Eigner DEGUSSA und die IG Farben.

DEGESCH, die 'Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung', stellte das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B her - bis heute. Alleine an das KZ Auschwitz verkaufte DEGESCH 23,2 t Zyklon B. Damit wurden dort an die zwei Millionen Menschen umgebracht. Der Vernichtung von 6 Millionen Juden, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Behinderten und vieler anderer war die rassistische Nazi-Propaganda vorangegangen, die sie als 'Rassenschädlinge' bezeichnete.
Einer der Eigner von DEGESCH war der Riesen-Chemie-Konzern IG FARBEN (IG steht für Interessen-Gemeinschaft). Sie sorgte bereits im 1.Weltkrieg dafür, daß die deutsche Kriegsfront nicht nach einem halben Jahr zusammenbrach. Ab 1915 produzierte IG FARBEN Massen von synthetischem Salpeter, das für das Schießpulver gebraucht wurde. Mit einem Kriegsende zu diesem Zeitpunkt hätten mehrere Millionen Menschen überleben können. Auch für den 2.Weltkrieg war die IG FARBEN wieder von entscheidender Bedeutung. Die IG produzierte das synthetische Benzin und den künstlichen Kautschuk, damit die deutschen Militärfahrzeuge rollen konnten. Und natürlich auch Giftgase für den Krieg.
Als ein viertes Werk zur Kautschuk-Produktion für die Wehrmacht wählte die IG FARBEN Auschwitz aus. Sie war direkt am Ausbau des Lagers beteiligt und stellte auch zwei Millionen Mark zur Verfügung. Um den 7 km langen Fußmarsch der Häftlinge zum IG FARBEN-Werk einzusparen, errichtete sie später ein eigenes KZ auf dem Firmengelände. Die Häftlinge, die zu ausgelaugt waren um weiterzuarbeiten, wurden vernichtet. Auch daran verdiente die IG FARBEN nochmal aufgrund ihrer Anteile an DEGESCH.
Direkt nach der Währungsreform 1948 konnte die IG Bilanz ziehen: Größtenteils unbeschädigte Produktionsanlagen im Wert von 6 Millionen DM. IG FARBEN wurden nach dem Krieg in ihre Einzelkonzerne aufgelöst. Inzwischen sind ihre Nachfolger BASF, HOECHST und die BAYER AG im Chemiesektor weltweit wieder an vorderster Stelle.
Die zweite große DEGESCH-Eignerin war (ebenfalls bis 1986) die 'Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt' DEGUSSA. Bei uns sind heute eher ihre Tochterfirmen NUKEM und ALKEM bekannt, wenn es um Plutoniummißwirtschaft, Uran-Raubbau und den Griff zur Atombombe geht. Auch damals war DEGUSSA schon am deutschen Atombombenprojekt beteiligt, das heute in Wackersdorf kurz vor der Vollendung steht.
Neben dem direkten Vernichtungsgeschäft mit dem Zyklon B war DEGUSSA an dem Ein- und Umschmelzen der geraubten Wertstücke von jüdischen Menschen beteiligt. Das ging bis zu den Eheringen, die den Verschleppten im KZ abgenommen wurden. Die 100 %-ige DEGUSSA-Tochter 'Auergesellschaft' war bis zum Zusammenbruch des deutschen Faschismus aktiv für den Bau der Atombombe. Daß diese Bombe nicht fertiggestellt wurde, lag sicherlich nicht am fehlenden Engagement der Auer/DEGUSSA. Sie waren während des Krieges eifrig dabei, sich möglichst alle wichtigen radioaktiven Stoffe Europas unter den Nagel zu reißen.
Am Zyklon B-Geschäft war auch Auer beteiligt - sie lieferte die Spezialgasmasken an die SS, die beim Zyklon-Einsatz schützen sollten.

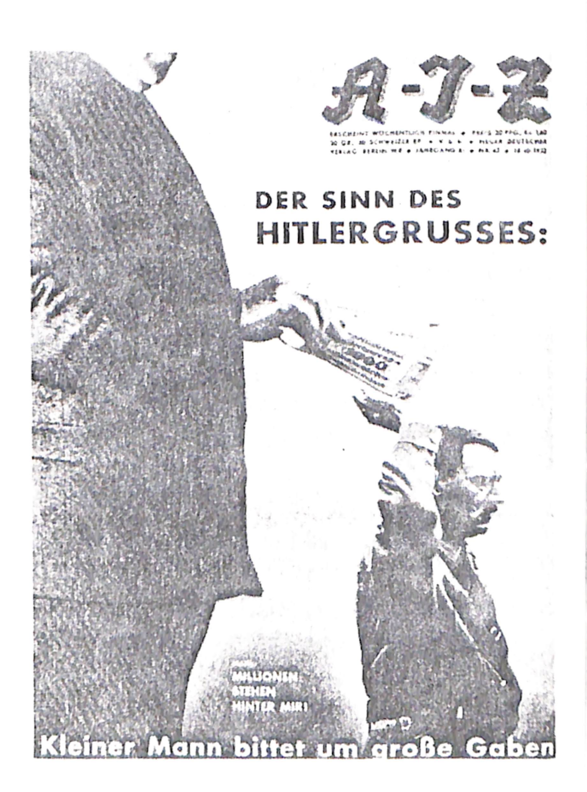
Diese Konzerne, wie das deutsche Großkapital überhaupt, haben die Nazis an die Macht finanziert. Für ihre Kriegsverbrechen und zentrale Rolle im deutschen Faschismus ist kaum jemand bestraft worden. Von einer Entnazifizierung nach dem Krieg kann keine Rede sein. DEGESCH und DEGUSSA haben die Nachkriegsprozesse völlig unbeschadet überstanden. Der DEGESCH-Geschäftsführer wurde von einem bundesdeutschen Gericht 1955 freigesprochen. Lediglich einige IG FARBEN-Angehörige aus der Führungsetage wurden zu wenigen Jahren Knast verurteilt.
Die alten Nazis und Wirtschaftsexperten wurden von der US-Regierung gebraucht und kamen deshalb gleich wieder zu Amt und Würden. Mit der Eröffnung des 'Kalten Krieges' gegen die Sovjetunion wurden die Kriegsverbrecher schnellstens wieder im Militär- und Wirtschaftsapparat gebraucht.
An der Macht der Großkonzerne hat sich auch nach dem Zusammenbruch des Faschismus in der BRD und WB nichts geändert. Für sie ist entscheidend, wer ihre Interessen am besten vertritt. Dies ist auch ein Hintergrund für das staatlich geduldete, verstärkte Auftreten von Faschisten und Rassisten. Die Herrschenden setzen verstärkt auf Spaltung der Bevölkerung. Dies, gerade auf dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit, gibt faschistischen Organisationen neuen Raum zur Entfaltung. Das ist eine große Gefahr für uns alle.
Ausländerhaß als eine Form des Rassismus ist das Thema, wo sich die Faschisten in ganz Westeuropa eine neue Massenbasis erhoffen. Der Rassismus richtet sich gegen die (meistens türkischen) Arbeiterinnen und Arbeiter und die Flüchtlinge aus der sogenannten Dritten Welt. Was aber keineswegs bedeutet, daß die Nazis den Antisemitismus fallengelassen hätten; der ist nach wie vor ein Bindeglied aller faschistischen Organsiationen.
Bei der Verbreitung einer rassistischen Ideologie bekommen die Nazis heute Schützenhilfe von staatlicher Seite. Abschiebungen und Sondergesetze verstärken die Außenseiterrolle von Flüchtlingen und hier lebenden AusländerInnen und damit auch den Rassismus in der deutschen Bevölkerung. Der wird dann vonn den bürgerlichen Parteien wiederum allzugern als „Bürgerzorn" aufgegriffen und dient zur Rechtfertigung von verschärfter Politik gegen AusländerInnen.
Die bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses werden bei ihrem Marsch am 8. November schweigen. Und zwar gerade über den Zusammenhang von wirtschaftlichen Interessen, zunehmend rassistischer staatlicher Politik und dem Erstarken der Nazi-Gruppen.
Für uns ist der Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald nach wie vor aktuell:
„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"



Kein Vergeben, kein Vergessen ... keine Amnestie für das Kapital!
Auflösung und Zerschlagung aller faschistischen Verbände und Organisationen!
Kampf dem Rassismus!

Demo am 9. 11. 88 17 Uhr Olivaer Platz, Zwischenkundgebung vor dem DEGESCH- und DEGUSSA-Büro, Abschlußkundgebung

Veranstaltung über Antisemitismus, Judenpogrome durch die Nazis und die Deutsche Industrie am Freitag, 4. November 18 Uhr in der Technischen Universität, Straße des 17. Juni. Verantalter ASTA TU mit Unterstützung des Antifaschistischen Info-Blatts.
Aufrufer: Antifa WB, Antifa-Jugendkoordination (JAKOB), Antifa Jugendfront, Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus, Asyl e.V., ASTA der kirchlichen Hochschule, Antifa AG der AL, Künstler für den Frieden, Anti AKW West Berlin Plenum, AK Reaktoren u. Raketen, FAG, Autonome Jugendgruppe Neukölln, ASTA der TU, Spandauer gegen faschistische Aktivitäten und Ausländerfeindlichkeit, Steglitzer Antifa-Bündnis, KB, Siemens Koordination der Anti-AKW- Gruppen, Aktion Fluchtburg.





Samstag 29.10.88 17.00 Film im Babylonia, Cuvrystraße 20 Brotrevolten im Mahgreb, Infos und Diskussion über die Aufstände in Marokko, Tunis und Algerien, anschließend Video: **Die Schlacht um Algier**

Sonntag 30.10.88 20.00 Film im Ex **Zwei Protokolle:**

Im Mai 75 gerieten Roland Otto,K.-H.Roth und PH.Sauber in eine Polizeikontrolle Bei der darauf von der Polizei begonnenen Schießerei wurden Sauber und ein Polizist erschossen.

Otto und Roth waren über 2 Jahre in Untersuchungshaft,davon über 20 Monate in Isolationshaft..Im sommer 77 mußten beide von der Anklage des "gemeinschaftlich begangenen Mordes" freigesprochen werden.
Roth schildert die Bedingungen und Erfahrungen während seiner Isolationshaft.

und **Die Spiegelbesetzung:**

Angehörige von Gefangenen aus der RAF haben im Sommer `81 die Kantine des Spiegelverlagshauses besetzt. In Interwievs berichten sie und der RA! Geißler von der Situation der politischen Gefangenen in der BRD.

Montag 31.9.88 9.00 Saal 504 Prozeß wegen Kubatdreieck

Dienstag 1.11.88 ??.00 Saal 739 Turmstr. Prozeß wg Landfriedensbruch bei der Bush-Demo (Berufung)

Mittwoch 2.11.88 9.00 Saal 504 Prozeß wegen Kubatdreieck (Fortsetzung vom Mo)

Donnerstag 3.11.88 8.30 Raum 101 Turmstr. Fortsetzung des Prozesses gegen drei Antifaschisten wg der Republikanertreffen vor dem Reichstag.

Freitag 4.11.88 ??.00 Saal 739 Turmstr. Prozeß wg Bush-Demo (Fortsetzung vom Dienstag auch noch am 8/11/15.11.88)

18.00 TU Raum 104 (neben dem AudiMax): **Antisemitismus und Judenpogrome durch die Nazis von der deutschen Industrie am Beispiel von Degesch** (Hersteller von Zyklon B) Veranstaltung des Antifa Bündnis und ASTA TU

20.00 **"Erinnern heißt Leben"** Film im FFBIZ Dankelmannstr.47 (nur für Frauen)

Samstag 5.11.88 16.00 **Die sog. Reichskristallnacht- ein angeordneter Pogrom** Gespräch mit Gudrun Schearz und Iris Wachsmuth im FFBIZ, Dankelmannstr. 47 (nur für Frauen

20.00 **Europa 92- Weltmachtpläne im Schutz der europäischen Fahndungsunion** Podiumsdiskussion in der Passionskirche Marheinicke Platz 1

Sonntag 6.11.88 20.00 Film im Ex **Sechs Schritte längs- vier Schritte Quer** und **Wir müssen noch viele Bettücher zusammenknoten**

Ausstellung vom 4.11.- 11.12.88 "Aus Nachbarn wurden Juden"
Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933-1942
im Veranstaltungsraum des Mehringhofs tägl. 10-18.00

Westberliner ♀+♀♀-Brigade nach Nicaragua

AUFRUF

Die Brigade fährt in das Projekt "La Paz del Tuma" im Nordwesten Nicaragus, dem Hauptkaffeeanbaugebiet. DasProjekt umfaßt den Bau einer Kaffeeverarbeitungsanlage und den Ausbau der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, usw.) in den umliegenden Dörfern.

Seit Dezember 87 fahren kontinuierlich Brigaden aus Westberlin und der BRD dorthin.

Wir sind 5 Frauen, die mit einer Berliner Brigade dort waren und jetzt Lust haben eine Frauen- und Lesben-Brigade vorzubereiten.

Unter Vorbereitung verstehen wir neben dem persönlichen Kennenlernen inhaltliche Diskussionen und Auseinandersetzungen und praktische Reisevorbereitung.

Dazu werden wir uns an 8 Wochenenden (ein- bis zweimal in Westdeutschland) von Ende Oktober bis zum Abflug im Februar treffen.

Die inhaltliche Vorbereitung ist aber keineswegs festgelegt, sondern wird von den Teilnehmerinnen bestimmt.

1. Vorbereitungswochenende

5./6.11. Sa 15°° und So 12°°
im LAZ, Crellestr. 22

gute Spanischkenntnisse sind wichtig!